Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 130 19. Juni 1976

D 22354 C

INLAND


Streifenwagen

Linienrichter

INTERNATIONALES



Ladendiebstahl



Anklagevertreter


Bayer. Oberlandesgericht

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo :
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto :
frankfurter informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
genaue anschrift angeben.



HAUSMITTEILUNG

OHNE KOHLE KEINE BRIKETTS!

Liebe ID-Leser,

die wöchentliche Auflage des ID beträgt inzwischen fast 4000 Exemplare und steigt weiter an. Das heißt mehr Arbeit. Nachdem wir den Druck abgegeben haben – die letzten acht Nummern druckte bereits der Frankfurter Druckladen, Format A 1 auf der Heidelberger Rotaspeed, die pro Drucklauf 8 ID-Seiten ausdruckt – mußten wir auch die Herstellung, die nicht mehr von Hand zu bewältigen war, teilautomatisieren. Für das Falzen haben wir eine Maschine und fürs Zusammenlegen und Heften eine andere Maschine angeschafft (beide gebraucht, machte zusammen etwa 15 000 DM). Außerdem benutzen wir das Schneidemesser des Druckladens (das bei der Herstellung der Nr. 126 kaputtging, habt ihr wohl gemerkt.)

Auch Versand und die Bearbeitung der Abonnements müssen rationalisiert werden (was uns sehr viel zusätzliche Arbeit gekostet hat, wobei andere Sachen liegenblieben, auch die Mahnaktion an säumige Abonnenten, sodaß inzwischen bereits der Gerichtsvollzieher sein Erscheinen angekündigt hat). Doch bald haben wir's geschafft und ab 1.Juli erscheint der ID im Postzeitungsversand. Das bedeutet, daß wir zweidrittel der Portokosten sparen, wofür wir jedoch die Versandstücke nach Zustellpostämtern ordnen müssen (z.B.6000 Frankfurt 70, 6000 Frankfurt 54). Dafür entfallen Herstellung und Bearbeitung von Streifbändern und das Frankieren. Zur Vereinfachung der Bearbeitung von Abonnements haben wir uns mit einem Computer angefreundet, der die Arbeit in Zukunft übernimmt und ermöglicht, daß Abonnenten bei jeder Zustellung sehen können, wie es um ihr Abo steht. Das geht so (bitte genau durchlesen):

a)	b)	c)	d)
↓	↓	↓	↓
1136M	131	!? !	1

HELGA HONIG
c/o M. SCHWEIZER
Feldbergstraße 38
D - 7600 Pforzheim 1

Über der Adresse stehen vier Zeichen (auf der grafischen Darstellung der Adresse mit a)b)c) und d) bezeichnet.)

a) stellt die Nummer des Abonnements dar. Schreibt bitte diese Nummer ab sofort bei jeder Zahlung auf die Zahlkarte oder den Postscheckabschnitt (der Kennbuchstabe am Ende hilft dem Computer Falschbuchungen zu vermeiden).

b) gibt die ID-Nummer an, bis zu der ihr bezahlt habt (einschließlich). Ihr seht und kontrolliert selbst, wann ihr nachzahlen müßt. Zahlt bitte wie bisher einen Monat vor Ablauf des Abos für weiteren Bezug, zahlt gleich für mehrere Monat oder das ganze Jahr, mindestens jedoch 18 mark (für 12 Nummern).

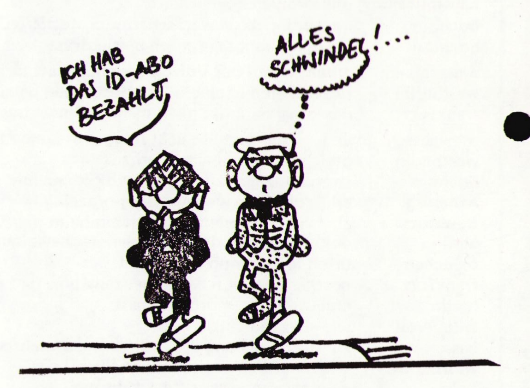
c) Ist normalerweise eine nicht in Erscheinung tretende Position, wenn hier jedoch die Orientierungshilfe !? ! steht, bedeutet dies, daß euer Abo im nächsten Monat ausläuft. Wir verschicken keine Mahnungen mehr. Zahlt bitte gleich, wir können keinen Abo-Vorschuß geben.

d) zeigt die Anzahl der Exemplare an, die ihr bezieht (wichtig für Mehrfach-Abonnenten wie Buchläden etc.)

Jede Woche werden eine Menge ID's von der Post an uns zurückgeschickt, weil sie nicht zugestellt werden konnten. Überprüft bitte eure Adresse auf dem Aufkleber und schreibt uns, wenn Fehler drin sind, auch dann, wenn ihr den ID regelmäßig bekommt. Bringt euren Namen am Briefkasten an, nicht allen Briefträgern seid ihr persönlich bekannt.

Gebt bei Adressenänderungen eure Abonummer an und das Zustellpostamt! Stellt bei Umzug einen Nachsendeantrag bei der Post, wir können die Etiketten nicht sofort ändern. Schreibt deshalb nicht erboste Briefe wartet erst mal ab (etwa vier Wochen braucht das schon, eventuell weniger).

Wenn ihr Geld überweist, schreibt auf den Abschnitt einen Vermerk, wofür das Geld gedacht ist (z.B. 18 Mark für 12 IDS ab Nr. 131). Schreibt das in das richtige Feld der Zahlkarte/des Überweisungsscheines, denn nicht selten kommt es vor, daß im Feld für Namen und Anschrift des Absenders einfach „ID" steht und sonst nichts – doch wir glauben nicht, daß wir so oft uns selbst 18 Mark überweisen.



OPPOSITIONELLE GEWERKSCHAFTER BEI OPEL BOCHUM PROTESTIEREN GEGEN IG METALL-RAUSSCHMISS

BOCHUM (ID) 16. Juni

Die nach der Betriebsratswahl 1975 (siehe ID 74, 79) eingeleiteten Gewerkschaftsverfahren (siehe ID 104) gegen elf Kandidaten der Liste 2 hatten folgendes Ergebnis: Ausschluß beantragt für A. Kehder, U. Lübke, K. Gulcz, R. Jansen, M. Romero, L. Zwierschowski, Funktionssperre beantragt für vier Kollegen. Rüge bantragt für einen Kollegen.

Diese Urteile gegen die Kandidaten der Liste 2, die bei der Wahl 4.601 Stimmen erhalten haben , zeigen vor allem die Angst der Gewerkschaftsbürokratie vor einem kämpferischen Gewerkschaftskurs. Überall in der BRD werden inzwischen die sogenannten „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" angewendet. Offenbar ist auch unser Programm mit der klaren Stoßrichtung gegen „Sozialpartnerschaft" zwischen Arbeitern und Kapitalisten unvereinbar mit der Politik der IGM-Führung.

Unsere Erfahrung zeigt, wer konsequent für die Arbeiter und mit den Arbeitern kämpfen will, der stößt unweigerlich auch mit der Gewerkschaftsbürokratie zusammen.

Inzwischen hat der IGM-Vorstand die Urteile bestätigt. In seinem Schreiben heißt es:

„Der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland ... ist zu der Feststellung gelangt, daß Ihr Verhalten den Tatbestand einer Gewerkschaftsschädigung im Sinne von § 11 Ziffer 1 der Satzung erfüllt und hat deshalb beschlossen, Sie aus der IG Metall auszuschließen.

Begründung:

Sie haben zur Betriebsratswahl 1975 bei der Firma Adam Opel AG auf einer gegnerischen Liste kandidiert. Sie ließen trotz eindringlicher Vorhaltungen im Untersuchungsverfahren durch

den Vorsitzenden und die Beisitzer nicht erkennen, daß Sie sich in Zukunft vorbehaltlos an Beschlüsse der IG Metall gebunden fühlen würden. Der Vorstand hielt es deshalb für angemessen, Sie aus der IG Metall auszuschließen.

Wir weisen zugleich darauf hin, daß der Mitgliedsausweis Eigentum der IG Metall ist und fordern Sie auf, sofern noch nicht geschehen, diesen umgehend bei der Verwaltungsstelle Bochum abzugeben."

Daraufhin schrieben die betroffenen Kollegen gemeinsam folgende Beschwerde an den Kontrollausschuß der IGM:

„... Betr.: Beschwerde gemäß § 11 Ziffer 14 der Satzung der IG Metall.

Bezugnehmend auf die Schreiben des Vorstandes der IG Metall, in dem uns der Tatbestand des „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" im Sinne von § 11 Hiffer 1 der Satzung der IG Metall vorgeworfen wird, legen wir hiermit Beschwerde gegen die vom Vorstand der IG Metall beschlossenen Maßnahmen gegen uns ein.

Begründung:

Der wahre Grund für die Gewerkschaftsverfahren gegen uns ist nicht unsere Kandidatur auf einer anderen Liste als der „Liste der IG Metall".

Denn die ganze Belegschaft von Opel Bochum hat bei der Betriebsratswahl 1975 verfolgt, daß wir als Betriebsratskandidaten uns von Anfang an für eine demokratische Persönlichkeitswahl (eine einzige alphabetische Liste für alle) eingesetzt haben.

In Worten haben auch die IGM-Funktionäre, an der Spitze der BR-Vorsitzende G. Perschke, sich auf jeder Belegschaftsversammlung für eine Persönlichkeitswahl stark gemacht. In Wirklichkeit aber wurde die IGM-Absicherungsliste als erste eingereicht, unter Ausschaltung bestimmter Kollegen, die sich ebenfalls nach Aufforderung zahlreicher Kollegen zur Kandidatur stellen wollten.

4.601 Kollegen haben sich durch die primitive Propaganda von seiten der IG-Metall-Vertreter nicht davon abbringen lassen, unser kämpferisches Programm zu unterstützen. Wenn Arbeiter die Forderungen, die bei der IG Metall noch in Festtagsreden und auf dem Papier erscheinen, konsequent in die Tat umsetzen wollen, stoßen sie in der Praxis schnell auf Widerstand und werden vom Vorstand der IG Metall als „gewerkschaftsschädigend" behandelt und rausgeschmissen. Diese Erfahrung haben inzwischen zahlreiche aktive Gewerkschafter in der ganzen BRD gemacht.

Wir haben z.B. ausgehend von unserem Programm seit über einem Jahr im Betriebsrat der Adam-Opel AG die Anträge auf Sonderschichten abgelehnt. Im 10-Punkte-Programm der IG Metall wird ebenfalls aus Solidarität mit den Arbeitslosen die Verweigerung von Sonderschichten und Mehrarbeit gefordert.

Aber was passiert in der Praxis? Die IGM-Betriebsräte (einschließlich IGM-Sekretär F. Flakschin in der Einigungsstelle am 29.3.76) haben mit einer Ausnahme regelmäßig Sonderschichten zugestimmt. Offenbar ist das 10-Punkte-Programm bloß noch ein verlogener Fetzen Papier zur Täuschung der Arbeiterklasse.

Weiterhin haben wir z.B. in der letzten Tarifrunde die Forderung des Vertrauensleutekörpers nach „220 Mark linear für alle" aktiv unterstützt, die für jeden Arbeiter bitter nötig ist,um auch ohne Sonderschichten den Lebensstandard zu sichern. Außerdem haben wir in unserem Programm die gewerkschaftliche Forderung aufgegriffen: „Kein Tarifabschluß ohne Urabstimmung! Urabstimmung mit einfacher Mehrheit!"

Was passierte aber in der Praxis? Die IGM-Tarifkommission verhandelte auf der Basis von 8 % und stimmte einem Abschluß von 5,4% zu. Dieser Abschluß bedeutet effektiv eine Verschlechterung der Löhne. Und Jahr für Jahr vertieft die IGM-Tarifkommission durch Prozentabschlüsse die Spaltung der Arbeiterklasse, trotzt aller Parolen aus der „Metall"-Zeitung: Einigkeit macht stark!

Wir erleben jetzt täglich im Betrieb: drei von vier Kollegen betrachten diesen Abschluß als Lohnraub. Daß die Tarifkommission es nicht mehr wagt, diesen Abschluß überhaupt noch zur Urabstimmung zu stellen, zeigt bloß, wie weit die höheren Funktionäre schon von der Arbeiterschaft entfernt sind. Wir bleiben bei dem alten gewerkschaftlichen Gedanken: Jeder Lohnabschluß muß die Sache der ganzen Arbeiterschaft sein. Dieser Abschluß ist aber bloß noch Sache der mit Kapital und Regierung eng verflochtenen IGM-Bürokratie und hat mit den wirklichen Sorgen und dem Existenzkampf der Arbeiterfamilien nichts mehr zu tun.

Unser Kampf gegen solche „sozialpartnerschaftliche" Gewerkschaftspolitik heißt nichts anderes als das Festhalten am ursprünglichen Gedanken der klassenkämpferischen Einheitsgewerkschaft, in der jeder Arbeiter unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung mitkämpft. Deshalb wenden wir uns in aller Schärfe gegen die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" der IG Metall, die ein Mittel zur Spaltung und Knebelung der Gewerkschaftsbewegung darstellen. Wir fordern die Rücknahme aller Ausschlüsse von kämpferischen Gewerkschaftern.

Abschließend erklären wir:

Der IGM-Vorstand nennt unser Verhalten „gewerkschaftsschädigend". Wer die Interessen der Arbeiter nicht ehrlich und konsequent vertritt oder wer sie mit Füßen tritt — und wo in diesem Sinne die wahren Feinde der Gewerkschaften zu finden sind — das werden am Ende auch die Arbeiter selbst entscheiden.

PS: Wir protestieren aufs schärfste dagegen, daß bis heute keiner von uns und unseren Beisitzern ein Protokoll der Untersuchungsverfahren zu Gesicht bekommen, geschweige denn unterzeichnet hat. Wir müssen daher davon ausgehen, daß solche Protokolle — entgegen den Richtlinien der IG Metall und entgegen § 11 Ziffer 11 der Satzung der IG Metall — überhaupt nicht existieren."

„Wir warten auf eine Antwort..." schrieben die betroffenen Kollegen, und: „Was uns in diesem Kampf gegen den drohenden Rausschmiß aus der IGM Mut macht, ist die Solidarität der Kollegen im Betrieb und über den Betrieb hinaus in der ganzen BRD. In einer Resolution zeigten bis heute 722 Kolleginnen und Kollegen ihre Solidarität mit den von den Gewwrkschaftsverfahren betroffenen Kollegen. Solidaritätserklärungen und Protestschreiben sind inzwischen von zahlreichen Betrieben und Organisationen eingetroffen. Schon als Beisitzer hatten sich Betriebesräte und Vertrauensleute aus verschiedenen Betrieben der BRD für uns zur Verfügung gestellt. Diese breite Solidarität zeigt uns: wir sind auf dem richtigen Weg, trotz aller Anfeindungen von offizieller Seite der IGM. Allen, die uns bisher unterstützt haben, wollen wir hiermit danken und zugleich versichern: wir werden nach besten Kräften weitermachen."

Unterstützt diese Forderungen aus dem „Programm der Liste 2":

- Für die innergewerkschaftliche Demokratie!
- Gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die Ausschlüsse kämpferischer Kollegen aus der Gewerkschaft!
- Für die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Kollegen!

Kontaktadresse: W. Schaumberg, Wittener Str. 80, 4630 Bochum

OPEL BOCHUM : SABOTAGE GEGEN BETRIEBSRÄTE DER LISTE 2

BOCHUM (ID) 16. Juni

Seit 1974 treffen sich 14täglich die Vertauensleute mit den Betriebsräten zur Informationsstunde. Die meisten V-Leute haben bisher den unbefriedigenden Ablauf kritisiert, da- verschiedene Betriebsräte labern und damit eine wirkliche Diskussion verhindern würden. Alle Betriebsräte der Liste 2 wurden im Juni 75 von der Info-Stunde ausgeschlossen. Die Begründung von S. Sonak war: wir hätten durch unsere eigene Liste bei der BR-Wahl die IGM angegriffen.

Durch den Ausschluß der Betriebsräte der Liste 2 ist die Information aus dem Betriebsrat einseitig. Jeder weiß, daß im Betriebsrat harte Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheit um G. Perschke und den zwölf Betriebsräten der Liste 2 stattfinden. Bei der letzten Abstimmung über die Milchpreiserhöhung stimmten z.B. 24 Betriebsräte mit Ja, 12 mit Nein. Auf der Info-

Stunde der V-Leute wurde nur der Standpunkt der Mehrheit vertreten, daß nämlich „jeder Kollege selbst entscheiden muß, ob der die 55 Pfennige bezahlt oder nicht". Diesen Standpunkt halten wir aber für falsch. Er widerspricht dem ursprünglichen Gewerkschaftsgedanken. Denn damit wird der gemeinsame Zusammenschluß aller Kollegen gegen die Preiserhöhung verhindert — worin unsere einzige Stärke liegt — stattdessen steht jeder einzeln ohnmächtig den Preiserhöhungen gegenüber. Die Forderung der Belegschaft muß heißen: Weiter Milch für 50 Pfennige! Opel soll die Preiserhöhung zahlen! Dafür müssen wir alle gemeinsam Druck machen.

Wir sollten auch festhalten, daß z.B. Betriebsrat P. Jaszczyk der Milchpreiserhöhung zugestimmt hat, der sonst gerne bei Fußball-Turnieren und Volksfesten mit „Preisstopperpreisen" Reklame macht.

Durch den Ausschluß der Betriebsräte der Liste 2 wird verhindert, daß die Information aus der Belegschaft an alle Betriebsräte gleichmäßig herankommt. Die Info-Stunde soll und muß auch dazu benutzt werden, die unbedingt notwendige Kritik aus den Abteilungen an ihren Betriebsräten vorzubringen, die Ansichten der Kollegen durch die Vertrauensleute zu konzentrieren und somit eine engere und schlagkräftigere Verbindung zwischen den Kollegen und den Betriebsräten zu schaffen. Wenn zwölf Betriebsräte, die für mehrere tausende Kollegen im Einsatz sind, an dieser notwendigen Verbindung mit den V-Leuten behindert werden, so ist das im Grunde eine Spaltung und Schwächung für die ganze Belegschaft.

Schließlich weisen wir auf folgendes hin: die regelmäßige 14-tägige Info-Stunde zwischen Betriebsrat und V-Leuten wird aufgrund einer Betriebsmitteilung von Dr. Prein durchgeführt. Darin heißt es: „Die Geschäftsleitung der Adam Opel AG räumt dem Betriebsrat die Möglichkeit ein, die gewerkschaftlichen Vertrauensleute der im Betrieb vertretenen Gewerkschaften zweimal im Monat während der Arbeitszeit zu Informationszwecken in den jeweiligen Block-Betriebsrats-Bereichen zu versammeln..."

Ob also ein Betriebsrat IGM-Mitglied ist oder nicht, spielt bei der Durchführung der Info-Stunde überhaupt keine Rolle: der ganze Betriebsrat hat das Recht, sich mit den Vertrauensleuten zum Informationsaustausch zu treffen.

Überall im Werk sind inzwischen neue V-Leute gewählt worden. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, um endlich die Teilnahme aller Betriebsräte an der Info-Stunde zu sichern. Wir fordern alle Kolleginnen und Kollegen, insbesondere die V-Leute auf: Setzt euch mit uns für unsere rechtmäßige Teilnahme an der Info-Stunde ein!

R. Auffermann, V. Alvarez, K. Gulcz, A. Kheder, R. Jansen, P. Lang, M. Romero, W. Schaumberg, W. Schemel, K. Schmitz, K. Warda, L. Zwierschowski

(Flugblatt der „Liste für die Belegschaftsforderungen")
Kontaktadresse: W. Schaumberg, Wittener Str. 80, 4630 BO.

ARBEITSKAMPF BEI VOLVO: GERICHTS– STATT TARIFVERHANDLUNG

DIETZENBACH (ID) 16. Juni

Im Arbeitskampf bei Volvo in Dietzenbach sind die Kontrahenten hartnäkkig geblieben: die Belegschaft fordert 200 DM mehr für alle, 50 DM mehr für Auszubildende, die Geschäftsleitung will Harald Gabbe aus dem Betriebsrat schmeißen und zögert Verhandlungen zum Haustarifvertrag mit der Begründung hinaus, man warte die Rückkehr von Herrn Heitmann ab.

Harald Gabbe wird grobe Pflichtverletzung (Betriebsverfassungsgesetz § 23, Absatz 1) vorgeworfen. Deshalb soll er aus dem Betriebsrat rausfliegen; und darum geht es bei der Verhandlung am Freitag, den 23.Juni um 11.15 Uhr vor dem Arbeitsgericht Offenbach. Die Volvo-Leute finden es ganz wichtig, daß zu diesem Termin möglichst viele Kollegen kommen.

Was aus Unternehmersicht grobe Pflichtverletzung ist, steht in der Klageschrift:

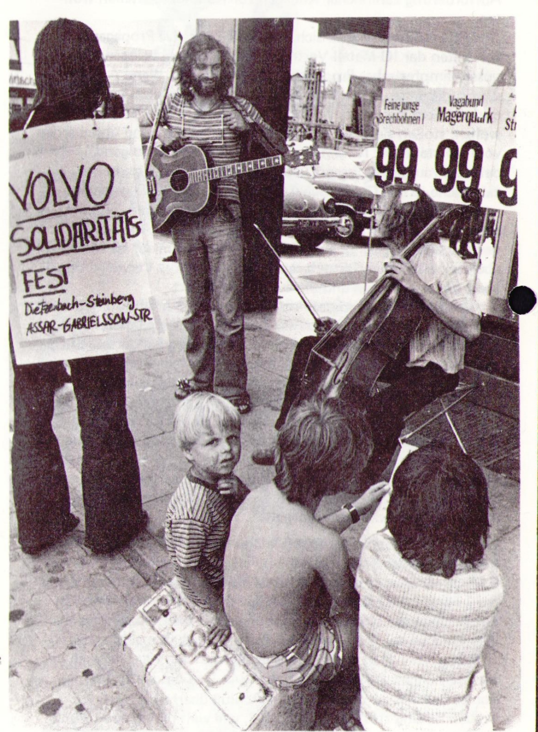
- „...In der am 25.Mai 1976 bei der Antragstellerin (Volvo, die Red.) in Dietzenbach durchgeführten ordentlichen Betriebsversammlung hat Herr Gabbe in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Betriebsrates der Antragstellerin den ebenfalls anwesenden schwedischen Geschäftsführer der Antragstellerin, Herrn Generaldirektor Eric Johanson öffentlich diffamiert. Der Antragsgegner hat unter anderm dabei erklärt, Herr Johanson halte die deutschen Gesetze nicht ein und wenn dem Herrn Johanson das Grundgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz nicht gefallen, dann solle er seine Koffer packen und nach Schweden zurückkehren..."

  Dazu Betriebsrat Harald Gabbe: In dieser Form habe ich das nie gesagt.

- "......die Äußerung des Antragsgegners führten bei der Belegschaft zu einer lautstarken Äußerung, welche nur durch das aufwieglerische Verhalten des Antragsgegners hervorgerufen wurde..."

  Dazu Betriebsrat Harald Gabbe: Das ist eine Entmündigung der Belegschaft, unterbindet die Meinungsfreiheit im Betrieb. Die Belegschaft weiß sehr wohl, wann sie zu klatschen hat und wann nicht.

- „...Weiterhin erklärt der Antragsgegner, er berufe sich auf Artikel 5 des Grundgesetzes (Meinungsfreiheit). Auch diese von dem Antragsgegner schriftlich abgegebene Erklärung zeigt, daß er offensichtlich an einer weiteren vertrauensvollen Zusammenarbeit nicht interessiert ist, wenn er das verbal und schriftlich auch noch so oft zum Ausdruck bringt..."



Das "Mobile Einsatz orKester" wirbt vor Supermärkten in Dietzenbach für das Straßenfest der Volvo-Arbeiter



Auf der Straße während der Mittagspause solidarisieren sich Kollegen vom Kaufhof mit den Volvo-Arbeitern

Weil er sich aufs Grundgesetz beruft, ist er an einer weiteren vertrauensvollen Zusammenarbeit nicht mehr interessiert. Na sowas!

Der zweite Bevollmächtigte der IG Metall Offenbach, Manfred Hartmann, der bei besagter Betriebsversammlung dabei war, weist den Vorwurf der Diffamierung zurück: „Ich habe auf der Betriebsversammlung keine Beleidigung gehört. Wir werden den Rechtsschutz für den Kollegen Gabbe übernehmen, notfalls bis zur letzten Instanz;" und sein Kollege Günter Schwarz von der Bezirksleitung gabe folgende Einschätzung: „Ich habe den Eindruck, die Geschäftsleitung will den Kollegen Gabbe einfach loswerden, weil er sich konsequent für die Interessen der Belegschaft einsetzt und weil er ein guter Gewerkschafter ist."

Beim Solidaritätsfest am Dienstag letzter Woche versprach Schwarz der Volvo-Belegschaft: „Ich kann dazu nur sagen, daß die Bezirksleitung, die in den nächsten Tagen die Aufgabe haben wird, die Verhandlungen für die Beschäftigten bei Volvo zu führen, hinter euch steht, sich insbesondere mit Harald Gabbe solidarisiert. Eins kann ich allerdings sagen: die IG Metall wird weder den Harald Gabbe im Stich lassen, noch darüberhinaus ein Mitglied ihrer Gewerkschaft." (Der Tarif läuft zum Monatsende aus, die Gewerkschaft hat für 22. Juni die Tarifkommission einberufen und Volvo den 23., 24. oder 25. Juni als Verhandlungstermin vorgeschlagen.)

Auch in den Volvo-Niederlassungen in Mannheim und Castrop-Rauxel (sie stehen mit im Arbeitskampf) solidarisierte sich die Belegschaft mit Harald. In Castrop-Rauxel gab es eine Demonstration vor dem Werk mit der Parole: "Statt Gerichtsverhandlung Tarifverhandlung."

Das Solidaritätsfest auf der Straße vor dem Volvo-Werk im Dietzenbacher Industriegebiet hatte zwei Ziele: nämlich die Bevölkerung zu informieren und der Belegschaft zu zeigen, daß sie nicht allein ist. Beide wurden erreicht. Von morgens sieben bis spät in die Nacht waren alles in allem etwa 1.000 Leute da; in die Solidaritätsunterschriftenlisten, die das DGB-Ortskartell ausgelegt hatte, trugen sich 500 ein.

Die Volvo-Belegschaft hatte auf der Straße vor dem Werk Bänke und Tische, Wurst-, Getränke- und Informationsbuden aufgestellt. Dort machte die Belegschaft zusammen mit Kollegen anderer Betriebe aus dem Industriegebiet Frühstücks- und Mittagspause. Zu mittag waren Leute aus nahezu allen Dietzenbacher Betrieben da. Etwa 30 Beschäftigte aus dem Kaufhof-Regionalzentrum formierten sich zu einer Gruppe und marschierten auf. Sie hatten Schilder mit Aufschriften dabei, wie: „Kollegen, wir helfen euch," „wir unterstützen eure Forderungen."

Zur Mittagspause war auch das mobile Einsatzorchester (MEK) da und als es zum Betriebsschluß ein zweites mal nach Dietzenbach kam, brachte es ein Volvo-Lied („was kann der Volvo denn dafür, daß er so reich ist") mit, das zum Tagesschlager wurde.

Dem ganzen Tarifkonflikt mißt Gewerkschaftsfunktionär Manfred Hartmann „deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil dieser Streit der Funke sein könnte, der auf die deutsche Automobilindustrie überspringt und das Unbehagen der Belegschaft über die Tarif- und Preispolitik ihrer Arbeitgeber zur Entzündung bringt."

Die Kollegen von Volvo brauchen weiter Unterstützung.

Kontaktadressen: DGB-Ortskartell Dietzenbach: 06074/26891
Monika Held, Dietzenbach 06074/25480

REPRESSIONEN IN EINEM „SOZIALISTISCHEN BETRIEB"

WESTBERLIN (INFO BUG/ID) 14. Juni

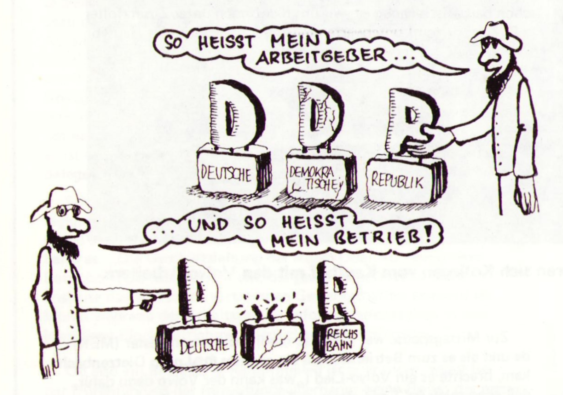
Vorbemerkung: Dieser Bericht ist auf dem Antirepressionskongreß in Frankfurt als Flugblatt verteilt worden. Es ist der Bericht einer Betriebsgruppe bei der Deutschen Reichsbahn in Westberlin (siehe auch ID 81).

Die Deutsche Reichsbahn (DR) in Westberlin wird von der DDR verwaltet, die Leitung von der DDR eingesetzt. Hier arbeiten ca. 6.000 Westberliner, für die das Arbeitsrecht der DDR gilt, das durch besondere Westberlin-Vereinbarungen ergänzt ist. Einzige zugelassene Gewerkschaft ist der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB). Der überwiegende Teil der Betriebsleitung und Gewerkschaftsführung ist in der SEW organisiert, die somit einen großen Einfluß auf betriebliche Entscheidungen in allen Bereichen hat. Diese Bedingungen sind die Grundlage für Opportunismus und Karrierestreben in der Partei.

Bei der DR erfahren wir eine ähnliche ökonomische und politische Unterdrückung wie unsere Kollegen in den kapitalistischen Betrieben. Die ökonomische Unterdrückung wird klar z.B. bei

Rationalisierungsmaßnahmen, die auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen werden. Hierbei kommt der DR-Leitung die kapitalistische Krise sehr gelegen (Arbeitslosigkeit, Existenzangst, Verschlechterung des Lebensstandards). Seit ca. eineinhalb Jahren besteht bei der DR ein Einstellungsstop, der dazu führt, daß die gleiche Menge an Arbeit von immer weniger Kollegen verrichtet werden muß. In einigen Bereichen führt das zu Überstundenschinderei bis zu 50 Stunden im Monat.

Bei der DR gibt es keine Tarifverträge und keine jährlichen Tarifverhandlungen. Der Lohn wird vom Verkehrsministerium der DDR festgesetzt. Die letze Lohnerhöhung im Oktober 75, die wir nach 16 Monaten erhielten, belief sich auf ca. 4 % und bedeutet bei einer durchschnittlichen Preissteigerungsrate von 6 bis 7 % eine Lohnsenkung von über 2 %. Auch werden betriebliche Sozialleistungen abgebaut. Die verbilligte Versorgung mit Hausbrand wurde am Januar 76 über 50 % teurer.



Ein Teil des Lohnes wird in leistungs- und qualitätsabhängigen Prämien ausgezahlt. Er kann unter bestimmten Bedingungen gestrichen werden. Das gilt auch für die Jahresendprämie, die etwa einem 13. Monatsgehalt entspricht und bei Verhängung von Disziplinarstrafen, z.B. bei Arbeitsbummelei gekürzt und gestrichen werden kann.

Im Krankheitsfalle wird nur 90 % des durchschnittlichen Nettoverdienstes gezahlt, wobei aber vorher alle qualitätsbezogenen Zulagen abgezogen werden. Hinzu kommt die schlechte medizinische Versorgung in der DR-eigenen Poliklinik. Eine freie Arztwahl ist nicht möglich.

Zum Teil wird bei der DR eine der kapitalistischen Stufenausbildung ähnliche Qualifizierung angewandt. Je nach betrieblichem Bedarf wird ein Teil der Auszubildenden nur zu Hilfsschlossern ausgebildet und danach im Hilfsarbeiterlohngruppen eingestuft.

All diese Maßnahmen dienen zur Disziplinierung der Kollegen, fördern Konkurrenz und Anscheißertum.

Auf der politischen Ebene entspricht dem das formale Gewähren von Mitbestimmungsrechten und die realeUnmöglichkeit für die Arbeiter, auf wesentliche betriebliche Entscheidungen Einfluß zu gewinnen. Die stattfindenden Lohnerhöhungen kommen über Nacht als gesetzliche Verordnungen auf den Tisch. Ein Hinterfragen und Kritik wird abgeblockt mit dem wesentlichen Argument, daß der Betreib, da sozialistisch und von der Arbeiterklasse der DDR verwaltet, alle Entscheidungen im Interesse der Arbeiter fällt. Wir müßten nur das entsprechende Vertrauen aufbringen! Dies gilt auch für die zur Zeit laufenden Verpachtungsgespräche mit dem Westberliner Senat, von denen wir – einschließlich SEW-Mitgliedern – zum ersten Mal aus der Presse erfuhren.

Die Gewerkschaft, der FDGB, geht von der Identität der Interessen von Betrieb und Arbeitern aus und ist von seinem Selbstverständnis her auf die Interessen des Betriebes festgelegt, bz. verpflichtet. Es gibt infolgedessen auch kein Streikrecht,da – so das Argument – die Arbeiter nicht gegen sich selbst streiken können.

Der FDGB ist zentralistisch organisiert, d.h. alle Entscheidungen bedürfen der Zustimmung der übergeordneten Gremien. Damit wurde unliebsamen Initiativen ein Riegel vorgeschoben. Es gibt Fälle, in denen gewählte Vertrauensleute von der Gewerkschaftsleitung abgelehnt worden waren. In einem Bereich wurden gewerkschaftliche Jugendversammlungen gänzlich abgeschafft und die Zahl der Gewerkschaftsvollversammlungen verringert, um den aktiven Kollegen Artikulationsmöglichkeiten zu nehmen. In mehreren aktiven Bereichen finden Gewerkschaftsgruppenversammlungen nur noch unter direkter Kontrolle der Partei und Gewerkschaftsbonzen statt. Gewerkschaftsgruppen werden unter Druck gesetzt, einmal gefaßte Beschlüsse wieder zurückzunehmen. Arbeitsrechtskonflikte, für die besondere Konfliktkommissionen existieren, werden oft monate- oder jahrelang verschleppt.

Aktivitäten, die nicht auf der offiziellen SEW- oder FDGB-Linie liegen, sind unmöglich. Ein Kollege wurde im Herbst 74 entlassen, weil er sich, während er krankgeschrieben war, an einer Kirchenbesetzung im Rahmen der Hungerstreikkampagne gegen die Isolationshaft beteiligte.

Auf den Betrieb bezogen gilt das gleiche. Kollegen werden entlassen, weil sie Unterschriften für mehr Geld sammelten oder sich auf ähnliche Weise für ihre Interessen einsetzten. Wenn sie nicht gleich entlassen werden, so setzt man sie auf verschiedene Weise unter Druck. So werden die betreffenden Kollegen auf andere Posten versetzt, wo sie von ihren bisherigen Kollegen getrennt sind, wo man sie stärker isolieren kann und kontrollieren kann.

Es werden Akten über Kollegen angelegt, in denen ihr Verhalten, ihre Einstellung zum Betrieb und ihre politischen Ansichten erfaßt werden. Hierbei leisten die Mitglieder der SEW gute Spitzeldienste.

Agitation vor den Betriebstoren wird teilweise zu verhindern versucht und die reichsbahneigenen Bahnpolizisten zum Vertreiben der Flugblattverteiler eingesetzt. Flugblätter und Zeitungen, die gegen den Betrieb gerichtet sind, werden beschlagnahmt und vernichtet. Die Kollegen haben Angst, mit solchem Material gesehen zu werden, weil sie Repressalien befürchten.

Dies alles zeigt, daß die Arbeiter der Deutschen Reichsbahn es mit einer ähnlichen Unterdrückung wie ihre Kollegen in den kapitalistischen Betrieben zu tun haben. Nur der Gegner bzw. der Arbeitgeber ist ein anderer - nämlich einer, der vorgibt, sozialistisch zu sein.

DESHALB GEHT UNSER KAMPF GEGEN UNTERDRÜCKUNG UND AUSBEUTUNG IN UNSEREM BETRIEB WEITER!!!

Wer bei der Reichsbahn arbeitet und in unserer Gruppe mitmachen will, schreibe an folgende Adresse:
Gemeinsam sind wir stark, c/o Sozialistisches Zentrum, 1 Berlin 21, Stephanstr. 60

DER KONGRESS TANZT NICHT MEHR

FRANKFURT (ID) 17. Juni

Einige SB-Genossen aus Frankfurt fanden die Berichterstattung des ID zum Pfingstkongreß etwas mehr als dürftig.

„Der Kongreß fand nicht nur in der Badewanne statt. Wir haben deshalb einige Punkte, die wir als unterbliebene Nachrichten betrachten, zusammengestellt und würden diese gern im ID veröffentlicht sehen.

Über die Athmosphäre insbesondere außerhalb des Kongresses ist im letzten ID (Nr. 129) berichtet worden. Diese Athmosphäre konnte nur dadurch entstehen, daß der Veranstalter (SB) von vorneherein aus diesem Kongreß keine Organisationsveranstaltung machte. Das zeigen die offene Demo, die Römerberg-Kundgebung mit ihren Rednern und insbesondere die Abschlußkundgebung, auf der keine politischen Differenzen z.B. zwischen Spontiscene und SB verwischt wurden, aber solidarische diskutiert wurde. Es hat seit Jahren keine Veranstaltung mehr gegeben, die eine so breite Unterstützung innerhalb der westdeutschen Linken gefunden hat, Falken, Jusos, Trotzkisten, Spontis, KB und andere hatten diesen Kongreß unterstützt, und, was wichtig ist, kamen sich nicht vereinzelt vor. Daß über 20.000 zur Demo und zum Römerberg-Fest kamen, ist schon eine gute Sache. Daß aber der größte Teil nicht nur zu den zentralen Veranstaltungen, sondern auch zu den Arbeitsgruppen kam, ist von

viel größerer Bedeutung. AGs mit über 1000 Genossen waren die Regel. Die westdeutsche Linke war nicht als Konsument gekommen, sondern wollte sich aktiv am Widerstand gegen Unterdrückung und Ausbeutung beteiligen.

Zur Abschluß-Kundgebung : A. Schubart, Frankfurter Magistratsdirektor, linkes SPD-Mitglied, benannte klar die SPD als Initiator der Radikalenerlasse und als Träger der Repression. Die Tragweite seines Auftretens wurde von einem großen Teil der Zuhörer nicht erkannt. Tatsache ist, daß konsequente Sozialisten in der SPD nur noch außerhalb der SPD gegen Unterdrückung und Ausbeutung kämpfen können. Tatsache ist aber auch, daß die westdeutsche Linke, will sie erfolgreich den Kampf gegen Repression aufnehmen, diese Sozialisten in der SPD und konsequente Liberale in den Kampf einbeziehen muß.

Zur Demonstration: Genossen des SB Frankfurt hatten am Tag vor der Demo ein Flugblatt in alle Briefkästen entlang der Demonstrationsroute gesteckt. Dieses Flugblatt erklärte in verständlicher Form den Anwohnern Sinn und Zweck dieser Demo. Außerdem fuhr vor der Demo ein Lautsprecherwagen, der vor Eintreffen des Zuges die Anwohner und Passanten über die Demo aufklärte. Der Erfolg dieser Sachen ist natürlich schwer meßbar, aber wir hatten die Schnauze voll, nur noch Demos für Demonstranten zu machen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Kongresses ist die Gründung des Anti-Repressionsfonds. Dieser Fond soll konkrete Aktionen unterstützen, von Berufsverbot Betroffenen zu Verfügung stehen und „Rotarbeits"Projekte fördern. Überschüsse und Spenden des Kongresses erbrachten ein Startkapital von DM 30.000,-. Das ist lange nicht genug.

Kennwort: Solidaritätsfond, SB Offenbach, Pschk. 295680-605, BFG Offenbacg Kto Nr. 174 132 63.

Solidarisch einige SB-Genossen"

Anmerkung der ID-Redaktion:
Wir hatten zunächst nicht vor, den SB-Kongreß im ID aufzuarbeiten, daher der kurze athmosphärische Aufriß und ansonsten nur die Erklärung der Frankfurter Spontis zu den Ereignissen der letzten Woche - wir hätten sie auch veröffentlicht, wenn sie nicht auf dem SB-Kongreß gehalten worden wäre. Die Auszüge aus dem Diskussionsbeitrag Daniel Cohn-Bendits konnten den Verlauf der Diskussion auf dem SB-Plenum natürlich nicht umfassend wiedergeben. In der bürgerlichen Presse erschien wenig, sie hatte sich vor allem auf Alexander Schubarts Auftreten gestürzt. Das SB selbst wird in der nächsten Ausgabe von „links" mehr berichten, eine Zusammenfassung der Berichte aus den verschiedenen Plenen und Arbeitsgruppen ist erst in zwei bis drei Monaten zu erwarten - vermutlich als Taschenbuch.

ACHT FRAUEN IM HUNGERSTREIK

SCHWÄBISCH GMÜND (ID) 15. Juni

Die im Frauenknast Gotteszell in Schwäbisch Gmünd von Polizisten krankenhausreif geschlagene Beate Koloseike (siehe ID 128: Gewalt im Frauenknast) ist inzwischen aus dem Krankenhaus in eine Krankenzelle des Gefängnisses verlegt worden. Kurz bevor sie vom Knastpersonal aus dem Krankenhaus abgeholt wurde, wußte ihr behandelnder Arzt noch nichts von der Entlassung. Obwohl es Beate noch sehr schlecht geht, lautet die Diagnose „schonungsbedürftig , aber voll arbeitsfähig". Es ist geplant, Beate in eine Abteilung mit alten Leuten zu legen.

Vier Frauen, einschließlich Beate, bekamen vier Wochen Gemeinschafts- und Veranstaltungssperre wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Meuterei. Das bedeutet unter anderem, daß sie den Schreibmaschinenraum nicht mehr benutzen dürfen.

Briefe, die die Frauen an das Frauenzentrum Mannheim schreiben, werden mit der Begründung angehalten, daß gegen das Frauenzentrum Manheim ein Ermittlungsverfahren läuft. Frauen, die die Gefangenen besuchen wollen, werden nicht hereingelassen.

Acht Frauen aus der Haftanstalt Gotteszell befinden sich seit dem 7. Juni 76 in einem unbefristeten Hungerstreik. Ihre Erklärung, die an die Anstaltsleitung, das Justizministerium und die jeweils verteidigenden Rechtsanwälte ging:

„Streikerklärung/Ankündigung

Da wir seit Wochen und Monaten versuchen — vergebens — mit allen uns eingeräumten ‚rechtlichen' Möglichkeiten, also auf ‚anständigem' Wege hier Probleme zu lösen, zu denen wir konkrete Vorschläge (kostenlos und das Personal nicht betreffend) machten, Probleme und Ungerechtigkeiten die bewußt — so wissen wir dies mittlerweile mit Sicherheit — von der Leitung des Hauses geschürt und unterstützt, gefördert — produziert — werden, um uns kaputt zu machen, um zu wissen, daß wir untereinander nie Frieden, Kommunikation, Solidarität finden werden und könen, so daß wir vollkommen gestört von hier in die Freiheit entlassen werden mit Störungen, die nie mehr gut zu machen sind.

Da wir aber der Meinung sind, daß die Freiheitsstrafe an sich schon barbarisch genug ist, wir uns nicht noch unter Zusatzfolter (z.B. Kaposystem) unterwerfen müssen, unter unsinnige Hausvorschriften, die nichts änderes als nackter Banalterror und Sadismus ist, wir viel zu lange festhielten, den ‚vorgeschriebenen' Weg zu gehen in Form von Einzelrapport, Röksprache mit Pfarrern, Psychologen, Sozialarbeitern und Beamtinnen und viel zu oft bettelten, weinten, höflich anfragten und vorschlugen, unsere Verzweiflung wurde ignoriert, mit jedem Rapport und Rücksprache wurde uns klargemacht, daß diese Gänge sinnlos sind und nur dem Zweck dienen, uns gegenseitig zu verschaukeln, Änderungen, die uns helfen würden, wurden aufgeschoben, wir mit leeren Phrasen getröstet und verdummt, unsere berechtigten Gefühlsausbrüche beschwichtigt mit leeren Worten. Uns ist inzwischen klar:

Man will un

Man will uns vernichten! Aber wir lassen uns nicht vernichten! Wir nehmen diese Zustände nicht länger hin! Wir haben Familie, Kinder und Angehörige, wir haben eigene Persönlichkeit und Willen und Recht auf Selbstbestimmung. Wir unterwerfen uns nicht länger der Folter! Wir haben ein Recht darauf, nach der Entlassung noch einigermaßen klare Köpfe und Psyche zu haben, um für unsere Angehörigen da zu sein. Weitere Zustandsberichte über unsere Haftsituation werden im Detail publiziert werden. Wir werden, da man uns dazu zwingt, ab Mittwoch, den 9.6.76 in unbefristeten Hungerstreik treten, bis folgende Forderungen erfüllt sind:

1. Sofort muß es jedem Gefangenen freigestellt werden, mit wem er/sie Umgang hat, — Selbstbestimmung/Wahl der Zelleninsassen —.

2. Sofortige Selbstbestimmung der Auswahl der Wohngemeinschaftsinsassen — Mehrzahlabstimmung — wer in der Wohngemeinschaft bleibt und wer nicht. Wir wollen keine vom Haus unterstützten Kapos, die auf uns in der Freizeit Druck ausüben und uns psychisch fertig machen. Wir sehen nicht mehr zu, wie unsere Mitgefangenen leiden und zum Wahnsinn getrieben werden! Die Wohngemeinschaften sind, so wie sie bisher sind, für uns die Hölle — so trauten sich einige der Wohngemeinschaftsinsassen Wochen und monatelang nicht aus der Zelle, aus Angst und Horror vor der gespannten Atmosphäre — den Kapos unter uns, die uns bevormunden und schikanieren und unterdrücken bis zum Exzeß. Schöne Möbel und Vorhänge und innerhalb der Wohngemeinschaft offene Zellen sind unwichtig, solange das Grundlegende jeder Sozialisation fehlt: Menschlichkeit! Bestimmung von uns selbst und mit wem wir leben wollen.

3. Sofortige Rückverlegung auf ihren alten Platz von Beate Koloseike. Die Verlegung war eine ungerechte, von hier typische Willkürmaßnahme — was schon anhand der Entfernung Mielings hervorgeht, welche der echte Provokateur und Menschenschinder war. Das Argument der Leitung — keine Gefangene habe Anspruch auf einen festen Platz und Umgang hier mit den Mitgefangenen, wird nicht akzeptiert weil vollkommen inhuman und die Psyche eines Menschen ignoriert und vorgibt, um selbige besorgt zu sein, ist in Wahrheit ein Menschenverachter/Hasser und Lügner und weiß und will von dem, was den Menschen ausmacht — seine Psychostruktur/Seelenheil/innere Verfassung — nichts wissen. Wer mit Menschen umgeht wie mit Möbelstücken, sollte nichts mit Menschen zu tun haben!

4. Sofortige Zurücknahme der ausgesprochenen Hausstrafen

gegen Hofherr, Koloseike, Daunheimer und Vake, weil dem Gerichtsurteil vorgegriffen, nicht alle Zeugen gehört und gehörte manipuliert wurden. Wir fordern genaue Untersuchung! Von amtlicher Seite.

5. Sofortige Untersuchung eines unabhängigen — nicht vom Ministerium — Gremiums der hiesigen barbarischen Zustände, des Psychoterrors.

6. Offizielle Zurücknahme bei den Gmünder Zeitungsredaktionen durch G. Göbel, weil jedes Wort gelogen ist, es hier extreme Probleme, — Details bei Überprüfung —, keine schöne Wohngemeinschaft gibt und doch Isolation gibt und Koloseike und die ‚Meuterer' die Wahrheit sagten! Fakt ist, daß wir leiden und weiter leiden sollen. Daß man bewußt die Öffentlichkeit belügt, um zu vertuschen, was Wahrheit ist — unsere psychische Vernichtung, Identität als Menschen hier verlieren, indem wir in allen Bereichen total bevormundet werden/sind wie Denkentwöhnte Befehlsempfänger.

7. Es werden keine ‚Rädelsführer und Anstifter' herausgegriffen — es gibt keine — wir alle erkannten die Wahrheit und kämpfen um unser Recht, welches wir ohne Kampf nie kriegen.

8. In der Freizeit innerhalb der geschlossenen Trakte (Gittertüren) offene Zellen für alle Gefangenen. In fast allen größeren und kleineren Gefängnissen gibt es Umschluß nach Wahl oder offene Zellen. Dies wird hier nicht mal versucht, man läßt uns zusammengepfercht dahinsiechen und kaputtgehen. Wir wollen keine Beruhigungspillen und Beruhigungszellen — wir wollen Menschlichkeit und Selbstbestimmung in unserer Freizeit.

9. Ab sofort ist jedem freizustellen, am Wochenende im Bett oder Zelle zu bleiben. Es ist absurd hier weiterhin am Wochenende aufzustehen, um uns im ‚Aufenthaltsraum' (für 25 Personen 41 qm) rumzuquälen (6 qm sind vorgeschrieben als Lebensminimum für Schäferhunde). Jeder Arbeiter draußen kann am Wochenende tun, was ihm beliebt (hier wird ja beständig mit dem Leben draußen verglichen).

10. Keinerlei Repressalien für das Frauenzentrum Mannheim! Es ist eine Schande, daß Frauen, die sich mit unserer Verzweiflung identifizieren und für die Wahrheitsfindung einstehen, verfolgt werden und mit Anzeigen zu rechnen haben! Es soll wohl als ‚krimineller' Akt dargestellt werden, daß sich unsere Schwestern/Frauen draußen um uns kümmern, sich betroffen fühlen und die ‚moralische' Frechheit besitzen, sich zu empören über unser Schicksal und Ohnmacht hier: Psychofolter und Schläge und Rollkommando und Zwang und Mord! Die also die Wahrheit sagen, werden verfolgt. Wir wollen die echten Lügner demaskieren!

Man will uns ohnmächtig hinter den Mauern weiter mißhandeln, ohne Entrinnen und Hilfe von draußen. Jede Solidarität zerschlagen, uns vereinzelt fertig machen; das ist der Sinn!

Wir wollen die praktische Überprüfung der Lügen der Leiterin Göbel in der Presse — nicht vom Schreibtisch aus! (wie lange dauerte die Wahrheitsfindung in Mannheim Knast? in Klingelpütz? usw.) Wir akzeptieren keinen ‚Einzelrapport' mehr mit Anstaltsbediensteten — nur noch auf eigenen Wunsch. Wir werden kollektiv unterdrückt und gequält und es sind unerer aller Probleme und wir wollen demnach auch kollektive Verhandlungen führen. Auf Konzessionen werden wir nicht eingehen — eben weil man uns lange genug hinhielt und alles Phraseologie und unsere Verschaukelung zum Stillhalten war/ist. Unsere Forderungen sind menschlich, kostenlos, gerecht — wir wollen unsere Rechte! Wir wollen Menschen sein und kein Inventar oder Bestien, wozu man uns tagtäglich degradiert! (typisch für die Auffassung, die man hier von dem Innenleben eines Menschen hat: Bei Führungen werden Bauweisen, ‚hübsch' eingerichtete Wohngemeinschaften, sauberer Hof mit Rasen — den wir selbstverständlich nicht betreten dürfen — und Blümchen gezeigt, und da diese Dinge sauber und gepflegt sind, schließt man von da, daß auch in uns alles sauber und in Ordnung ist. Aber nichts ist in Ordnung! Wir werden hier systematisch krank und wahnsinnig und hysterisch gemacht — wir leiden und legen keinen Wert auf oberflächliche ‚Ordnung' — eine tote Ordnung, die nichts mit dem Leben zu tun hat.

Es ist schrecklich genug, hier entwürdigende Arbeit tagtäglich als Beweis verrichten zu müssen — als was wir gelten — Sklaven — und Idioten, aber wir wollen mit unseren Köpfen und Körpern in der Freizeit tun, was und mit wem wir wollen und für richtig halten! Wir lassen uns nicht länger wie infantile Idioten behandeln! Schließlich bestimmt auch draußen — wofür man ja vorgibt, uns zu re-sozialisieren — auch jeder Mensch über seine Freizeit selbst. — Man will uns hier nicht re-sozialisieren, sondern a-sozialisieren. Unselbständig, infantil, jegliche Stabilität und Willenskraft vernichtet kommen wir hier raus. Und dagegen wehren wir uns!

Gisela Burgheim, Iris Eschenbacher, Rosi Hofherr, Ilse Hornig, Irmgard Kainz, Beate Koloseike, Pfund, Bettina Vake.

BERICHT VOM SCHMÜCKER-PROZESS

WESTBERLIN (ID/RHW) 12. Juni

Diesen Bericht vom Schmücker-Prozeß stammt von der Roten Hilfe Westberlin:

"Die Absicht der Staatsschutzbehörden, den Schmücker-Prozeß ohne Rücksicht auf die Ermittlungsergebnisse durchzuziehen, ist in den letzten Verhandlungstagen nochmals durchkreuzt worden. Die Angeklagten hatten durch ihre Anwälte eine Klage vor dem Verwaltungsgericht eingereicht, um zu klären, ob Nichterteilen von Aussagegenehmigungen für Staats- und Verfassungsschutzleute rechtswidrig sei. Das Verwaltungsgericht wies die Kalge ab mit der Begründung, es seu unzuständig. Diese Frage hätte die Strafkammer, vor der die Anklage gefürht wird, zu entscheiden. Die Strafkammer wiederum hielt sich ebensowenig für zuständig.

Daraufhin beantragten die Verteidiger, den Prozeß zu unterbrechen, da es ein erheblicher rechtlicher Nachteil sei, wenn kein Gericht sich für die Frage zuständig erkläre. Es könne wohl nicht angehen, wenn z.B. nur der Verfassungsschutz selbst über die Erteilung von Aussagegenehmigungen zu befinden habe. Der Vorsitzende Leschonski, dem die prozessuale Lage sichtlich zu schaffen machte, verkündete nach stundenlanger Beratung, der Prozeß sei (bis auf Bodeux's Verfahren) zu unterbrechen, bis die Frage vom Bundesverwaltungsgericht, bei dem die Anwälte eine höchstrichterliche Entscheidung erzwingen wollten, geklärt sei. Diese Unterbrechung hätte bedeutet, daß der gesamte Prozeß nochmals aufgerollt werden müßte.

Daß dieses Verfahren in eine solche Situation geraten konnte, liegt nicht an einigen Merkwürdigkeiten, sondern daran, daß es eine einzige Merkwürdigkeit ist. Es liegt daran, daß eine wesentliche Unbekannte in diesem Verfahren, die Rolle des Verfassungsschutzes, aus Gründen der Staatsräson ungeklärt bleiben mußte. RA Elferding, der in einem halbtägigen Plädoyer all die Widersprüche und Dubiositäten, die Hilfskonstruktionen der Staatsanwaltschaft und die Versuche, die Verteidigung einzuschränken, entlarvte, brachte die Sache auf den Punkt: „der VS hat, das steht wohl fest, Ulrich Schmücker das Leben gekostet."

Nach diesem Plädoyer konnte niemand mehr glauben, daß es so gewesen sein könnte, wie die Herren Staatsanwälte es gerne gesehen hätten. Waren schon Bodeux's Aussagen in wesentlichen Punkten als Spekulationsergebnisse entlarvt, so wurde durch das am nächsten Verhandlungstag gehaltene Plädoyer von RA Panka klar, daß auch die zweite Stütze der Anklage, Aussagen von „Billy" Tilgener, zusammenbrachen. Tilgner, der sich nach eigenen Bekundungen in Briefen als Bombenexperte der RAF bezeichnete, Pässe massenhaft gefälscht haben will und ansonsten angeblich Beziehungen zu allen bekannten Untergrundkämpfern gehabt hatte, war von der Staatsanwaltschaft als durchaus glaubwürdig eingestuft worden. RA Panka bedauerte, Tilgner nicht mehr fragen zu können, was der mit dem Genossen Habasch im Libanon besprochen habe, ob es gut sei, so viele falsche Ausweise mit sich rumzuschleppen, wann er denn Kontakt mit Ulrike, Gudrung, Holger usw. gehabt habe und warum er diese Geschichten alle so locker in Briefen an kleine Mädchen gebracht habe. Was blieb, war: Tilgner ist die Unglaubwürdigkeit par excellence.

Klar wurde allerdings darüberhinaus bei beiden Plädoyers, daß Bodeux mit Sicherheit kein Alibi für den Zeitpunkt von Schmückers Erschießung hatte.

Die beschlossene Prozeßunterbrechung ließ ein neues monatelanges Moabitspektakel erwarten. An diesem Punkt reagierte die Allianz von Staatsanwaltschaft und VS einmütig. Staatsan-

walt Przytarsky kündigte Beschwerde beim Kammergericht an und besorgte innerhalb eines Tages die Aussagegenehmigung des Verfassungsschutzchefs Franz Natusch. Monatelang hatte der Dienst sich geweigert, irgendwas über sein Verhältnis zu Schmücker und zu den Ermittlungen in diesem Fall zu sagen: „Die Sicherheit und Interessen des Landes Berlin" ließen keine Aussagen zu. Plötzlich, als die Strategie ins Wanken kommt, ist Natusch da.

Auf intensives Befragen der Verteidiger gibt er zu, daß Schmükker nicht nur am 31.5.74 mit einem VS-Mann Kontakt hatte, sondern sogar am 4.6.74, am Tage seiner Erschießung, telefonisch zwei Namen übermittelt habe. Die Namen freilich nennt er nicht.

Die Verteidigung beantragte nach der Vernehmung, den VS-Mann Rühl zu laden, weil er den intensivsten Kontakt zu Schmücker hatte. Leschonski allerdings lehnt ab, weil Rühl keine Aussagegenehmigung habe. Ein weiterer Antrag, das Verfahren erneut zu unterbrechen, wird abgeschmettert. Die Staatsanwälte, die nochmals das Wort haben, geben keine Erklärung mehr ab. Przytarsky hält es für überflüssig. Er hält seine „Leck mich am Arsch"-Haltung durch. Daß Wahrheitsfindung sein Motiv nicht ist, weiß man längst. Wie lange er sowas machen kann, allerdings nicht ..."

STRAFVERTEIDIGER ZUM TOD VON ULRIKE MEINHOF

BOCHUM (ID) 14. Juni

„Der Tod von Ulrike Meinhof im Gefängnis von Stuttgart-Stammheim gibt uns Anlaß, uns als Strafverteidiger an die Öffentlichkeit zu wenden. Nach Katharina Hammerschmidt und Holger Meins ist Ulrike Meinhof die dritte politische Gefangene, die in einem Gefängnis der BRD oder an den Folgen der Behandlung im Gefängnis gestorben ist.

— Obwohl das Grundrecht des Gefangenen aus Artikel 2 Grundgesetz — das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit — unter den Grundrechten eine hervorragende Stellung einnimmt,

— obwohl das Bundesverfassungsgericht in einem Grundsatzurteil zur Rechtsposition des Gefangenen (NJW, 72, 811) ausgeführt hat, die umfassende Bindung der staatlichen Gewalt an die Grundrechte gemäß Artikel 1, III GG lasse es nicht zu, daß im Strafvollzug die Grundrechte beliebig oder nach Ermessen der Vollzugsbehörde eingeschränkt würden,

— obwohl kein Gericht der Bundesrepublik die Todesstrafe aussprechen kann,

sind Haftbedingungen geschaffen worden, die bereits in mehreren Fällen den Tod der Häftlinge mit verursacht haben.

Die Justizvollzugsbehörde und das Gericht, in deren Gewalt sich Ulrike Meinhof befand und denen die Fürsorge für ihr Leben oblag, sind für ihren Tod verantwortlich zu machen.

Die beharrliche Mißachtung des Grundrechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Artikel 2, GG) und der Würde des Menschen (Artikel 1, GG) durch die Justizbehörde ist von den Verteidigern politischer Gefangener permanent beim Namen genannt und bekämpft worden. Die persönlichkeitszerstörende Wirkung der Isolationshaft, der die politischen Gefangenen fast ausnahmslos unterworfen sind, ist darüberhinaus durch unabhängige medizinische Gutachten u.a. auch über die Verhandlungsunfähigkeit von Ulrike Meinhof mehrfach nachgewiesen worden. Dennoch wird die Isolationshaft von den Justizbehörden in Kenntnis ihrer zerstörerischen Wirkung weiter aufrecht erhalten. Dennoch werden Menschenleben weiter aufs Spiel gesetzt — wie der Fall Karl-Heinz Roth im Gefängnis von Köln-Ossendorf in erschreckender Klarheit beweist.

Einen Wiederhall finden die Verteidiger der politischen Gefangenen bisher vor allem im Ausland, in dem sich Juristenvereinigungen wie auch allgemeine Öffentlichkeit zunehmend gegen die Unmenschlichkeit des Haftvollzugs in der BRD wenden.

Wir protestieren gegen die Isolationshaft und die Behinderung und Verfolgung von Verteidigern in der BRD. Wir fordern Abschaffung der Isolationshaft, keine Sonderbehandlung der politischen Gefangenen, keine Behinderung der Verteidigung.

Petra Rogge, Gisela Gebauer, Rainer Köncke, Kurt Groenewold, Manfred Böddeling, Raimund Benoit, Wolf-Dieter Reinhard in Hamburg;

Jutta Bahr-Jendges, Dr. Sibylle Tönnies, Heinrich Hannover, Rainer Burchardt, Gerhard Baisch, Hans-Jürgen Borowsky in Bremen;

Alexandra Goy, Udo Grönheit, Dr. Matthias Zieger in Berlin;

Frank Niepel, Rainer Klefke in München; Ulrich Cassel in Stuttgart; Ullrich Fuhrmann, Hagen Wstf; Mechthild Oetter-Düsing in Münster;

Golzem, Plottnitz, Riedel, Koch in Frankfurt; Zimmermann, Nagel, Deckers in Bochum."

ERKLÄRUNG ZUM WULF/GEBURTIG-PROZESS

HAMBURG (ID) 14. Juni

„Als Verteidiger von Borvin Wulf erklären wir:

Heute, am 14.6.76, beschloß der Vorsitzende Richter der großen Strafkammer 19, Schenck, die Isolationshaft für unseren Mandanten aufzuheben. Seit langem ist bekannt, daß die Haftbedingungen von politischen Gefangenen in der BRD ernste Gefahren für den Gesundheitszustand und das Leben der Gefangenen mit sich bringen. Dies hat auch der Gutachter im Verfahren gegen Borvin Wulf, Dr. Naeve, Leiter des gerichtsärztlichen Dienstes der Gesundheitsbehörde Hamburg, bestätigt. In seinem Gutachten vom 9.6.76 heißt es:

„Ärztlich bedeutungsvoll ist allein die im Regelfall negative Auswirkung derartiger Haftbedingungen auf Psyche und Organismus des Inhaftierten, somit auch auf seine Haft- und Verhandlungsfähigkeit. Das Ausmaß dieser Auswirkung ist u.a. abhängig von der körperlichen und psychischen Primärstruktur des Inhaftierten. Es kann im Einzelfall bei entsprechend der Disposition Haftunfähigkeit und Verhandlungsunfähigkeit eintreten."

Bezogen auf Borvin Wulf kommt das Gutachten zu dem Ergebnis:

„Borvin Wulf ist haftfähig. Aber vom ärztlichen Standpunkt aus ist zur Vermeidung einer weitergehenden körperlichen und psychischen Störung und zur Erhaltung seiner Verhandlungs- und Haftfähigkeit, schließlich auch zur Verhinderung einer Dauerschädigung, eine Aufhabung der Sonderhaft zu fordern. Borvin Wulf ist in seinen Haftbedingungen jedem anderen Untersuchungshäftling gleichzustellen."

Wir begrüßen, daß das Gericht aus diesem Gutachten die für unseren Mandanten notwendigen Konsequenzen gezogen hat. Es darf dabei aber nicht bleiben. Mit jedem Gutachten über die Haftbedingungen der politischen Gefangenen wird bestätigt, daß diese Bedingungen auf dauerhafte Gesundheitsschäden, wenn nicht sogar auf physische und psychische Vernichtung hinauslaufen.

Wir fordern daher: Aufhebung der Isolationshaft für alle politischen Gefangenen.

Uwe Maeffert, Neuenfelderstraße 4, 2102 Hamburg 93
Eberhard Reinecke, Grindelallee 79, 2000 Hamburg 13

EHEMALIGE US–AGENTEN IN STAMMHEIM

FRANKFURT (ID) 16.Juni

In dem Verfahren gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe vor dem 2.Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart hat die Verteidigung gemäß § 220 StPO folgende Personen als sachverstädnige Zeugen für die Verhandlungstage Dienstag, 22.Juni 1976 und Mittwoch, 23.Juni 1976 selbst geladen:

Philip Agee, ehemaliger Agent der CIA der USA
Barton Osborne, ehemaliger Agent der CIA der USA in Südvietnam und der Bundesrepublik,
Winslow Peck, ehemaliger Bediensteter der National Security Agency (NSA) in der Bundesrepublik,
Gary Thomas, ehemaliger Agent des Counter Intelligence Corps (CIC) der USA in der BRD.

Diese sachverständigen Zeugen werden zu folgenden Pro zeßrelevanten Punkten aussagen (siehe auch ID 124):

Nutzung des Territoriums der Bundesrepublik durch die USA für deren Agression in Indochina (insbesondere die Hauptquartiere in Frankfurt und Heidelberg)

Unterstützungshandlungen der Bundesrepublik in diesem Zusammenhang

Zu Fragen der Souveränität der BRD gegenüber den USA.

Im Anschluß an die Zeugenvernehmungen wird eine Pressekonferenz in Stuttgart stattfinden, in der die genannten Personen zum Thema der Aktivitäten der amerikanischen Geheimdienste im Rahmen der US–Außenpolitik, insbesondere in der Bundesrepublik, den Fragen der Presse zur Verfügung stehen werden. Ort und Zeit der Pressekonferenz werden rechtzeitig bekannt gegeben werden durch:

Michael Oberwinder, Rechtsanwalt, Zeißelstraße 8
Tel. 59 40 49, 6000 Frankfurt am Main.

Die vier ehemaligen US-Agenten werden am 24. Juni um 20 Uhr in der Frankfurter Universität (Hörsaal VI) über den CIA informieren.

DOKUMENTATION DER STAMMHEIMER ANTRÄGE

BERLIN (ID)
17. Juni

Die Beweisanträge zur Rolle der BRD in der imperialistischen Strategie der USA von den Anwälten, die in Stuttgart-Stammheim gehalten wurden (siehe auch ID 124: RAF gegen US-Agressoren und BRD-Konsorten), liegen jetzt gedruckt vor in einer Broschüre für 1,50 Mark. Titel der Doku: Den Revolutionär können sie töten, aber nicht die Revolution!
Der Erlös geht auf das Sonderkonto des Rechtshilfefonds zur Finanzierung der politischen Verteidigung in den Prozessen in Stammheim und Düsseldorf.

Die Beweisanträge beinhalten, daß die Amerikaner in Vietnam Völkermord betrieben haben, die BRD diesen unterstützt hat, indem sie ihr Territorium zur Verfügung gestellt hat, für die Erarbeitung von Operationen gegen das vietnamesische Volk, und daß die Gefangenen als Kriegsgefangene zu behandeln sind. Weiter ist in der Doku abgedruckt die Stellungnahme der Gefangenen zu diesen Anträgen und die Erklärungen der Kommandos Petra Schelm und 15.Juli zu den Anschlägen gegen das 5. US-Korps in Heidelberg und die CIA-Centrale in Frankfurt.

Bestellungen bitte an Buchladen Commune, Unter den Eichen 48 d, 1 Berlin 45.

URTEIL IM GERTRAUD WILL PROZESS

MÜNCHEN (ID)
17. Juni

Zu zwei Jahren und zehn Monaten wurde Gertraud Will nach bald drei Monaten Verhandlung verurteilt. Da sie bereits zwei Jahre in Untersuchungshaft war, geht der Rest auf Bewährung. Das Urteil gründet sich auf einen "Sprengstofftransport" aus dem Jahre 1970 und auf Verbindungen zu einer nach wie vor namenlosen kriminellen Vereinigung. Gertrauds Bruder Hartmut Will wurde wegen "Begünstigung" zu sieben Monaten verurteilt - ebenfalls auf Bewährung.

POSTKARTENAKTION DES FRANKFURTER FRAUENZENTRUMS

FRANKFURT (ID)
16. Juni

Während des Anti-Repressionskongresses haben Frauen aus dem Frankfurter Frauenzentrum eine Postkartenaktion für Frauen gestartet, die aus politischen Gründen im Knast sind. Wir haben diese Aktion gemacht, weil sie für uns ein erster Schritt ist, unsere eigene Angst zu überwinden — die mit dazu beiträgt, daß die Frauen im Knast isoliert sind/werden können.

Es wurden bisher ca. 600 Karten verschickt. Die Postkarten sollten weiterverschickt werden. Auf der Forderseite ist ein Auszug eines Briefs von Gertraud Will aus der Isoltationshaft abgedruckt. Die Karten (DIN A 5) können für 6,50 Mark (10 Karten und Versandkosten) beim Frauenbuchladen Frankfurt, Kiesstr. 27 bestellt werden. Vorauskasse!

Wir hatten die Karten irrtümlich nur mit 50 Pfennigen frankiert. Wir bitten alle, die zurückgekommenen Karten erneut zu verschicken. Es müssen 80 Pfennige draufgeklebt werden.

Frauen in Berlin:

1000 Berlin 21, Lehrter Str. 61
Brigitte Asdonk, Monika Berberich, Christina Doemeland, Irene Goergens, **Juliane Plambeck**, Annerose Reiche, Gabriele Röllnik, Waltraud Siepert, Inge Viett und Anette von Wedel, außerdem Ilse Jandt.

Frauen in Stuttgart-Stammheim:

Asperger Str. 60, 7000 Stuttgart-Stammheim
Gurdrun Ensslin, Brigitte Mohnhaupt, Ingrid Schubert

Frauen in Hamburg:

Holstenglacis 3-5, 2000 Hamburg 36
Christa Eckes, Inga Hochstein, Irmgard Möller, Margrit Schiller, Ilse Stachowiak.

Hanna Krabbe, Rochusstr. 320, 5000 Köln-Ossendorf

Bettina Vake, 8890 Aichach.

ERNEUTER „SELBST' –MORD IM KNAST

BERLIN (ID)
17.Juni

Horst Rackow beendete sein Leben am Sonntag, den 13.6.76 nach fünf Jahren andauernder Untersuchungshaft, in dem er sich mit einer über den Kopf gezogenen Plastiktüte erstickte.

Wer nur versucht, sich in die Situation zu versetzen, sich selbst auf diese Weise zu töten, der kann sich vorstellen, daß dies nur Menschen möglich ist, die durch Psychoterror und Isolationshaft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit getrieben wurden.

Horst, der seit Jahren unter diesen Haftbedingungen kämpfte, versuchte die Zustände in den Strafanstalten öffentlich zu machen: Briefe Petitionen an den Petitionsausschuß, Beschwerde bei der Europäischen Kommission für Menschenrecht (FR 16.8.75) Artikel im Extra-Dienst, mehrere Hungerstreiks. Am 14.10.75 bereichtete der Tagesspiegel, daß neuerliche Verhandlungen bereits unterbrochen werden mußten. Ursache: Störung des vegetativen Nervensystems. Das Verfahren gegen Horst zieht sich seit Jahren hin, bis heute ist noch kein rechtskräftiges Urteil ergangen.

Horst Rackow hat während seiner fünfjährigen Folter ständig versucht, den Menschen außerhalb der Haftanstalten zu vermitteln, unter welchen Bedingungen er und andere Gefangene inhaftiert sind. Resultat dieses Menschenvernichtenden Strafvollzugs: Mord.
Rapider Anstieg von „Selbst"-Morden im Knast!
Horst Rackow hat seine Situation und die Motivation für seinen Freitod in dreißig Briefen niedergelegt, die an die Öffentlichkeit gerichtet sind.

Wir müssen verhindern, daß sich weitere Gefangene umbringen statt den Kampf gegen diese Menschenvernichtung aufzunehmen. Machen wir diese Knastzustände öffentlich. Zeigen wir den Gefangenen unsere Solidarität!

Häftlingsbetreuung, Häftlingskollektiv, Rote Hilfe Westberlin."

WIE ALLES (NOCHMAL) ANFING

WUPPERTAL 8. Juni

Am 8.6.76 bekam der Wuppertaler Buchladen Besuch vom K14 (politische Polizei). Gesucht und nicht gefunden wurde das Buch „Wie alles Anfing" von „Bommi" Baumann. Vor zwei Wochen war die Polizei wegen derselben Sache im Kölner Buchladen, dort fanden sie einige Exemplare, aber beschlagnahmt wurden sie nicht.

Überraschend gut klappte der Informationsfluß unter den Wuppertaler Linken. Innerhalb von zehn Minuten waren 20 Leute im Buchladen. Der Chefbulle vom K14 drohte, uns noch einmal zu besuchen, allerdings wolle er mehr von seinen grünen Freunden mitbringen, und zwar dann, wenn keiner damit rechnen wird. Da wir aber sehr an „unserem" Laden hängen, werden wir unser liebstes Kind noch intensiver beschützen müssen, was natürlich die Kontaktmöglichkeiten der Wuppertaler Linken um ein weiteres belebt. Der Polizeiüberfall kann uns nicht einschüchtern, denn wir wissen: Druck erzeugt Gegendruck!

Die schwarzen Wupperratten

ERKLÄRUNG ZUR DURCHSUCHUNG DES ATELIERS EINES HOCHSCHULLEHRERS DER GESAMTHOCHSCHULE KASSEL

KASSEL (ID) 14. Juli

Am 2. Juni 1976 betrat die Polizei das Atelier des Hochschullehrers Rolf Lobeck, ohne einen Hausdurchsuchungsbefehl zu haben und den Hausherrn den Gründungspräsidenten der Gesamthochschule Kassel, Ernst-Ulrich Weizäcker zu informieren.

Die Unterzeichner fordern eine schonungslose Aufklärung des rechtswidrigen Vorfalles. Der Gründungspräsident hat den Hausmeistern ausdrücklich das Hereinlassen der Polizei ohne Hausdurchsuchungsbefehl un Information des Gründungspräsidenten untersagt; eine Ausnahme ist lediglich bei „Gefahr im Verzuge" möglich. Eine stillschweigende Amtshilfe lehnen wir entschieden ab, da sie ein Klima der Unsicherheit verbreitet.

Gründungspräsident der GHS Kassel, E.-U. Weizäcker; Organisationseinheits-Konferenzen Architektur, Graphik-Design und Sozialwesen; Studentenschaft der GHS Kassel, Allg. Studentenausschuß (AStA); Fachschaftsräte Architektur, Graphik-Design, Kunst, Lehrerausbildung, Sozialwesen, Wirtschaft, Landwirtschaft; Redaktionen Auseinandersetzung, Kasseler Kursblatt, Stattzeitung; MSB-Spartakus; Basisgruppenliste; Juso-Hochschulgruppe; Hochschullehrer: A. Buchleiter, Oe Kunst; E. Fiebig, Oe Kunst; H. Hillmann, Oe Graphik-Design, Frankfurt; R. Kallhardt, Oe Kunst; H. Kramer, Oe Kunst; G. Rambow, Oe Graphik-Design, Frankfurt; W. Rabe, Oe Graphik-Design; H. Krauch, Oe Industrial-Design; H. Rauschenberger, Oe Erziehungswissenschaften; J.-E. Seiffert, Oe Erziehungswissenschaften; R. Schwendter, Oe Sozialwesen; O. Poppinga, Oe Architektur; Peter O. Chotjewitz, Vorsitzender des Hessischen Schriftstellerverbandes in der IG Druck und Papier, Frankfurt; Uwe Schmidt, Schriftsteller, Frankfurt; Bazon Brock, Hamburg.

Kassel, den 10. Juni 1976. Kontakt: AStA der GHS, 3500 Kassel, Wilhelmshöher Allee 73, Tel. 22057; Stattzeitung, 3500 Kassel, Zeche-Marie-Weg 7, Tel. 40 31 44.

SELBSTMORD EINES POLITISCHEN FLÜCHTLINGS – VERBRECHEN AUF DISTANZ

WESTBERLIN (ID) 14. Juni

Am 1. Juni dieses Jahres beging Maria Auxiliadora Barcellos Lara in Westberlin Selbstmord. Sie wurde in Brasilien aus politischen Gründen verhaftet und in der DOPS (Abteilung für politische und soziale Ordnung; ein bekanntes Verhör- und Folterzentrum, Anm.) in Rio de Janeiro mit Elektroschocks und der „Papageienschaukel" schwer gefoltert. Einer ihrer Kameraden starb während dieser Folterungen. 1971 kam sie im Austausch gegen den entführten Schweizer Botschafter frei und fand politisches Asyl in Chile. Dort führte sie ihr Medizinstudium weiter. Nach dem Putsch in Chile mußte sie – wie Tausende andere politische Flüchtlinge – erneut fliehen. Von Mexico aus, wo man den nicht-chilenischen Flüchtlingen das Asyl verweigerte, kam sie im Februar 1974 in die Bundesrepublik, beantragte sofort das Asyl, lernte Deutsch und bereitete sich auf das Staatsexamen in Medizin vor.

Während die Asylangelegenheiten bei vielen Chile-Flüchtlingen sehr schnell und ohne große Probleme abliefen, diese sofort einen Fremdenpaß erhielten, geschah für Maria Auxiliadora und mehrer ihrer brasilianischen Freunde nichts. Sie erhielten nur die für jeweils drei Monate verlängerbare Bescheinigung über die Beantragung des politischen Asyls, keinen Paß. Ein Prozeß wegen illegaler Einreise wurde gegen sie geführt – und niedergeschlagen. Maria Auxiliadora empfand die Lage hier als eine – indirekte – Fortsetzung der Isolierung, Ungewißheit und Rechtlosigkeit, die sie in Brasilien im Gefängnis erlitten hatte.

Dieser Zustand der völligen Rechtsunsicherheit, der Ungewißheit über Asyl oder mögliche Ausweisung, der Unmöglichkeit, Berlin zu verlassen, dauert für mehrere Kameraden von Maria Auxiliadora noch an – seit jetzt 2 1/2 Jahren!

In einem Nachruf erklären die Genossen:„... Ihr tragischer Tod hat nur eine Bedeutung: Er ist eines dieser Verbrechen auf Distanz, bei denen keine Spuren zurückbleiben und bei denen die Verbrecher anonym bleiben. Die Verfolgung ohne Ende, in Brasilien, in Chile, die ständige Unsicherheit, auch in der BRD, fand ihr Ende in ihrem Tod. Wir, die wir bleiben, werden unseren Kampf für eine andere Welt fortsetzen, für genau die Welt, in der unsere Genossin ihr Glück hätte finden können."

In einem Brief an das Internationale Sekretariat von amnesty international, London, schrieb Maria Auxiliadora am 30. November 1975 aus Westberlin:„... Am 10.2.1974 bin ich in die BRD eingereist und habe sofort um politisches Asyl gebeten; dabei wurde ich von amnesty international, Sektion Köln unterstützt. Zwei Monate später sind wir nach Bochum gezogen, wo wir zusammen mit anderen Brasilianern, die auch geflüchtet waren, an einem Intensivkurs für Deutsch teilgenommen haben, der von der Evangelischen Kirche Deutschlands (Ökumenisches Studienwerk) finanziert wurde. Ich bekam ein Stipendium der Kirche, die versprochen hatte, mich während meines Studiums bis zur Gewährung des politischen Asyls finanziell zu unterstützen. Anschließend würde das der deutsche Staat übernehmen.

Im Juni 1974 wurde ich mit zwei anderen Genossen zur Ausländerpolizei in Bochum zitiert, wo man uns mitteilte, daß wir drei gezwungen seien, uns dreimal täglich beim nächstliegenden Polizeirevier unseres Wohnortes zu melden, und zwar während der 21 Tage der Fußballweltmeisterschaft, die in Deutschland stattfand. Nichterscheinen würde eine Ausweisung vom deutschen Territorium zur Folge haben. Wir versuchten die Gründe für diese Maßnahme zu erfahren, erhielten aber keine weiteren Erklärungen. Gegen diese Maßnahme legten wir Widerspruch ein (wobei die Anwaltskosten von der Kirche getragen wurden) und verloren. Unser Studium war ernsthaft beeinträchtigt, denn die Durchführung der Maßnahme fiel genau in die Zeit unserer Deutschprüfungen. Außerdem konnten wir uns kein Spiel ansehen, denn wir mußten täglich drei Stunden laufen, um uns auf dem Polizeirevier zu melden, einmal vormittags, zweimal nachmittags.

Im September reiste ich nach Berlin, wo ich mich an der medizinischen Fakultät einschrieb und wo ich augenblicklich studiere und mein Staatsexamen in Medizin vorbereite, das mir erlauben wird, meinen Beruf als Ärztin auszuüben. Im Dezember 1974 erhielt ich eine Mitteilung der Berliner Polizei, die besagte, daß gegen mich ein Prozeß wegen illegaler Einreise eröffnet worden sei, da in meinem

Paß kein Einreisevisum vorhanden sei. Der Fall wurde durch eine Rechtsanwältin von amnesty international in Berlin vertreten, die sich auf den Präzedenzfall eines anderen Brasilianers stützen konnte, dessen Fall von der Justiz in Berlin als grundlos angesehen wurde; die Rechtsanwältin erreichte so die Zurücknahme des Prozesses gegen mich. Seit Mai 1975 kann ich Berlin nicht verlassen, da man bei der Ausländerpolizei meine Aufenthaltserlaubnis auf das Land Berlin begrenzte.

Im Juli 1975 lief mein chilenischer Reisepaß ab und zusammen mit vier anderen Brasilianern, deren Pässe ebenfalls abgelaufen waren, wandten wir uns an amnesty international, die unsere Bitte um neue Dokumente (Fremdenpässe) für uns fünf an die Ausländerpolizei weiterleitete. Von uns erhielt nur ein Brasilianer seinen Fremdenpaß; auf die Frage nach den Motiven für diese diskriminierende Entscheidung antwortete uns der Chef der Ausländerpolizei (Herr Hollenberg), daß es sich dabei um ein bürokratisches ‚Verschlafen' handele, zumal keiner von uns ein Recht darauf habe und wir automatisch den Paß dann bekämen, wenn wir das Asyl erhielten. (Anm.: Einem Asylbewerber kann — muß aber keineswegs — ein Fremdenpaß ausgestellt werden).

Angesichts dieser dramatischen Situation, in der wir nun schon zwei Jahre in Deutschland leben, appellieren wir an amnesty international in London, die Lage zur Kenntnis zu nehmen, in der wir uns augenblicklich befinden, und uns eine wirkungsvolle Unterstützung zu gewähren."

DENUNZIERENDE ANGRIFFE AUF DIE KÖLNER ESG

KÖLN (ID) 17. Juni

Warum ein Flugblatt der ESG Köln im ID? Die ESG bietet (in Köln und auch anderswo) eine der letzten Möglichkeiten für Linke, sich zu treffen und Veranstaltungen durchzuführen. Diese Möglichkeit müssen wir erhalten.

Das, was die Kölner ESG in letzter Zeit alles trieb, führte dazu, „daß evangelische Studenten heute Furcht haben, das ESG-Heim zu betreten." So weiß die Zeitschrift „Freiheit der Wissenschaft", herausgegeben vom Bundesvorstand des Bundes Freiheit der Wissenschaft (3/76) über die Kölner ESG zu berichten, deren Programm sich „wie ein Polit-Triller liest".

Die Angriffe sind im größeren Zusammenhang zu sehen. Seit der Hamburger Theologe Prof. Helmut Thielicke gegen die ESG und ihren „Extremradikalismus" bundesweit zu Felde zog und dazu beitrug, die Hamburger ESG ihrer Selbstständigkeit und -teilweise - ihrer Finanzen zu entkleiden, wittern rechte Eiferer in Kirche und Staat Morgenluft. Nach der Hamburger wurde neben der Frankfurter und Düsseldorfer besonders die Kölner ESG aufs Korn genommen, zuerst vom Publikationsorgan des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU („Evangelische Verantwortung"), dann von den „Hochschulpolitischen Informationen" (HPI), die dem Bund Freiheit der Wissenschaft nahestehen, schließlich von der „Freiheit der Wissenschaft" selbst. Eine ominöse „Initiativgruppe für den Aufbau einer 2. Gruppe der ESG Köln", von der bisher nur ihr Sprecher - ein akademischer Oberrat an der Universität zu Köln - bekannt ist, versucht gar, über den Bruder eines der beiden Studentenpfarrer belastendes Material zu gewinnen. Vergeblich.

Die Evangelische Kirche im Rheinland hat dem stereotypen Druck von rechts („Die Landeskirche sieht noch tatenlos zu" - „Wie lange noch wird es dauern, bis dieser Spuk ein Ende hat? ") nicht nachgegeben. Ihr Präses Karl Immer bemerkte auf der Landessynode im Januar 1976 der Presse gegenüber, man wolle im Rheinland der ESG nicht „dort den Geldhahn zudrehen, wo uns die Aktivität nicht paßt". Man wolle keine „Hamburger Verhältnisse" haben. Auf jeden Fall behalte man den „langen Atem" und bliebe im Gespräch mit den Gemeinden, „deren Probleme sehr schwierig " seien.

Die Vorwürfe der Kölner ESG gegenüber sind stets nach dem gleichen Muster gewoben, das zuerst der Kölner RCDS-Student Martin Hölscher (offensichtlich nicht abgedeckt durch den Kölner RCDS) in der „Evangelischen Verantwortung" (10-11/75) benutzte: 1. Die ESG mit ihren „eindeutigen Bekenntnissen zu sozialistischen Gruppen' seit unvertretbar einseitig. 2. Durch das „Zurückstellen der (christlichen) Versöhnungsbotschaft" werde von ihr „Unmenschlichkeit auch in der Theorie gefördert." 3. Die ESG schließe „durch ihre Tätigkeit faktisch einen Teil der evangelischen Studenten von einer Mitarbeit und Betreuung im Hochschulbereich aus." 4. Sie laufe Gefahr, „für radikale kommunistische Hochschulgruppen willkommener Gehilfe bei der Verwirklichung ihrer Ziele zu sein."

1. Die ESG bekannte sich in einer umfänglichen Dokumentation erneut zu einer kein Individuum ausschließenden Menschlichkeit und einer schristlich und politisch begründeten Parteilichkeit für die Unterdrückten und Benachteiligten („offen für alle, aber nicht für alles"), den Herrschenden zum Ärgernis. Sie begründete ihr Engagement in der Nähe der „Christen für den Sozialismus", ihre Orientierung an Theologen wie Karl Barth und Helmut Gollwitzer oder den Verlautbarungen des Ökumenischen Rats der Kirchen.

2. Die ESG verwahrte sich gegen den durch falsche Zitate belegten Vorwurf einer „Theorie der Unmenschlichkeit", betonte den Unterschied zwischen der Versöhnung des Menschen mit ungerechten Zuständen und der Versöhnung zwischen Mensch und Mensch („Die letztere erstreben wir...- die erstere bestreiten wir.")

3. Auch die ESG sieht ein Problem darin, daß sie nicht alle Studenten anspricht: „Soweit das durch unser Fehlverhalten bedingt ist, versuchen wir selbstkritische weiterzukommen und bitten um konstruktive Kritik." Da sie für Leute nicht attraktiv ist, die für die chilenische Junta schwärmen, die Parole „Freiheit oder Sozialismus" für christlich halten oder außer der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium" nichts gelten lassen, verwundert sie nicht. Sie verwahrt sich allerdings dagegen, daß ihre Gegner durchgehend verschweigen, was sie durch Programme, Veranstaltungen und Publikationen seit Jahren belegt: eine Kette von Initiativen, die nur am Rande oder gar nicht mit Politik oder gar Sozialismus zu tun haben: Gottesdienste, Wanderungen, Seelsorge und Selbsterfahrungsgruppen, Feste, Wochenenden etc. Der horrenden Behauptung, nur eine winzige Minderheit stünde der ESG positiv gegenüber, begegnete diese Gemeinde mit einer Solidaritätsliste (1100 Unterschriften). Gruppen, die in der ESG tagten (z.B. SPD-Ortsverein, Liberaler Hochschulverband, amnesty) schrieben Solidaritätsbriefe an die Landeskirche.

Durchgehend versuchen die Gegner der ESG, sie als Bündnispartner oder Gastgeber der maoistischen „KPD" und ihres Studentenverbandes KSV hinzustellen, obwohl die ESG wiederholt auf Flugblättern erklärte, daß sie deren Politik und Verkehrsformen für „falsch, unverantwortlich und schädlich" halte.

Die Gegner versuchen weiter, eine studentische Sympathisantengruppe des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland" (KBW) anzuprangern, die in der ESG tagte, um der ESG Berührungsangst gegenüber dem KBW einzuflößen. Der Kuriosität halber sei festgehalten, daß z.B. im Heidelberger Rathaus ein KBW-Mitglied als Stadtverordnete sitzt. Gegen die ESG wird agitiert nach dem Motto: Sage mir, mit wem du sprichst (und wen du in deinem Hause sprechen läßt) - und ich sag dir, wer du bist. Eine bewährte Taktik bei der landesüblichen Radikalenjagd.

Gleichermaßen wird versucht, die ESG mit Gruppen zu verquicken, die den „gewaltsamen Umsturz in der Bundesrepublik" planen, - ohne ein von der ESG wiederholt abgedrucktes Interview mit dem Kölner Stadtanzeiger vom 29.6.73 zur Kenntnis zu nehmen, in dem sich die ESG im Blick auf die Gewaltfrage eindeutig zur offiziösen Sozialethik ihrer Kirche bekennt: „Wir sind...mit der jüngsten Denkschrift der EKD völlig einig, in der das Recht, sich gegen institutionalisierte Unterdrückung gewaltsam zur Wehr zu setzen, ausdrücklich anerkannt wird. Im übrigen sind wir gegen jeden Terror „von oben" oder von „unten"."

Die jüngsten Anschuldigungen gegen die ESG steigern sich groteskerweise zu der Behauptung, „daß evangelische Studenten heute Furcht haben, das ESG-Heim zu betreten," vor allem, „weil dort Gruppen tagen, die Gewalt zu ihrem Ziel machen." („Freiheit der Wissenschaft" 3/76).

„Der lange Marsch des Studentenpfarrers Schmidt" (Überschrift in HPI 2/76), der „eigenhändig vor der Mensa Flugblätter verteilte", soll die Leute zum Gruseln und die Landeskirche zur Radikalenjagd bringen. Die „Freiheit der Wissenschaft" spricht gezielt nur von K. Schmidt als Verantwortlichem. Sein Kollege Gerhard Jankowski sowie vor allem der Mitarbeiterkreis der ESG werden glatt unterschlagen. Die „Freiheit der Wissenschaft" weiß, daß „der verantwortliche Studentenpfarrer" von dem und jenem „nichts wissen" wolle, ohne je mit einem der beiden in Frage kommenden Personen gesprochen

zu haben. Sie hat überhaupt nicht selbst in der ESG recherchiert, die primitivsten Regeln der Journalistik mißachtet und sich so als frei von jeder Wissenschaftlichkeit erwiesen.

Die Summe aller geschilderten Angriffe ziegt: Hier ist die Grenze zum Denunziantentum eindeutig erreicht. Der durchaus nicht linke Direktor des Philosophischen Seminars der Universität, Prof. Volkmann-Schluck, sprach im Hinblick auf die Angriffe des Blattes „Freiheit der Wissenschaft" auf die ESG und - im Zusammenhang damit auf einen seiner Doktoranden - von „perfekter Denunziation."

Typisch war auch der Auftakt im Sommersemesters 1976: Bischof Frenz (früher Chile) durfte in der Universität über Hilfsaktionen für Hungernde und politische Häftlinge in Chile nicht sprechen. Der Rektor, Prof. Menze, lehnte einen dementsprechenden Antrag der ESG ab. Die Veranstaltung, die keinen „hochschulpolitischen Charakter" habe, könne der ESG, die nicht in die Universitätsmatrikel eingetragen sei, nicht genehmigt werden. Auf den Einwand der ESG, sie sei eine Gemeinde und keine „studentische Vereinigung", und den Hinweis auf andere allgemeinpolitsche und kulturelle ESG-Veranstaltungen, die in der Universität zu Köln genehmigt worden waren, erklärte der Rektor, eine „von Fall zu Fall gehandhabte Genehmigung von Anträgen enthalte keine Verpflichtung des Rektors", Die Tatsache, daß die Studentenpfarrer im Vorlesungsverzeichnis aufgeführt sind (und damit die Arbeit der ESG anerkannt wird), impliziere für sie keinen Rechtsanspruch.

Der Rektor lehnte also ab. Aber er hat sich - laut Interview mit Radiothek (WDR, 30.4.76) - „die Entscheidung durchaus nicht leicht gemacht", die ihn „etwas mehr Zeit zur Überlegung" gekostet habe. Denn: er habe „durchaus die Brisanz der Veranstaltung mit Bischof Frenz gesehen."

Die Veranstaltung mit dem von der faschistischen Militärjunta aus Chile herausgeworfenen Bischof, der erstmalig in einer bundesdeutschen Universität nicht reden durfte, fand am 27.April im Saal der Evangelischen Gemeinde Köln-Klettenberg statt.

Inzwischen gibt es eine 30seitige Dokumentation über die Vorfälle. Zu beziehen bei ESG, Bachemer Str. 27, 5 Köln 41 (gegen 1,- DM in Briefmarken).

ESG Köln

„DER VORLESUNGSBETRIEB LÄUFT WIDER NORMAL!? "

LÜNEBURG (ID) 12. Juni

Über den Streik der Lüneburger PH-Studenten ist in den letzten ID's berichtet worden. (ID Nr. 124, 125). Daß in den allerletzten davon nicht mehr berichtet werden konnte, hat die Ursache, daß nicht mehr gestreikt wird.

Erstes Ziel des am 28.4. begonnenen Streiks war die Anerkennung einer Prüfung, die für ungültig erklärt wurde, nachdem sie ohne Staatsprüfer durchgeführt wurde. Dieser war von den Studenten erfolgreich am Betreten des Prüfungsraums gehindert worden, nachdem bekannt wurde, daß hinter der Zuziehung von Regierungsprüfern zum Lehrerexamen in erster Linie politische Gründe standen.

Nachdem die Prüfung auf massiven Druck des Kultusministeriums und auch der Polizei wiederholt wurde, war für viele Studenten die Motivation zu streiken nicht mehr gegeben.

In einer erneuten Urabstimmung sollten nun sauberer formulierte Streikziele erneut abgestimmt werden. Jedoch wurde der Streik bei einer Abstimmungsbeteiligung von 67 % mit Mehrheit abgelehnt. Das war am 19.5.

In einer Vollversammlung vom selben Tag wurde Bilanz gezogen. Gemessen an den Streikzielen kann man nicht von Erfolg sprechen. Zu viele Fehler fallen auch auf, wenn man die Arbeit des Streikrates untersucht. Man ist dort nie dazu gekommen eine vernünftige Einschätzung der Lage zu geben. Immer weider lagen zu viele direkt zu erledigende Dinge an, mit denen sich vordringlich beschäftigt werden mußte. Dazu kam eine effektive Behinderung der Arbeit durch fruchtlose Diskussion von SHB und KBW-Vertretern, denen nicht energisch genug entgegengetreten wurde. Unter allen diesen Hemmnissen litt auch der wichtigste Bereich Öffentlichkeitsarbeit. Schon in der ersten Streikwoche schlief der bis dahin großartig funktionierende Informationsaustausch ein. Das führte dazu, daß immer wieder an der realen Situation vorbeigeplant wurde. Zwar war der Streikrat Sammelpunkt der fortschrittlichen, nicht-organisierten Studenten. Dadurch, daß es aber nie zu einer ausreichenden theoretischen Diskussion gekommen war, verpuffte deren Kraft jedoch ziemlich schnell.

Sehr gelitten haben die Aktionen auch durch die ausgesprochene Phantasielosigkeit in politischen Aktionen. Immer wurde nur auf lange erprobte Aktionsformen zurückgegriffen, die jedoch überhaupt keine Wirkungen zeigten, so z.B. eine Demonstration zur Lüneburger Innenstadt. Es gab weder genügend aussagekräftige Plakate noch Aktionen wie z.B. in Braunschweig, wo Seminare die trotz des Streiks noch stattfanden, solange von einer Songgruppe besungen wurden, bis sie abgebrochen wurden. Und dann war da noch die absolute Hilflosigkeit gegenüber der staatlichen Repression. Während Hochschulverwaltung und -lehrer wie Vieh vom Ministerium kommandiert wurden, bot sich keine Möglichkeit dagegen anzugehen. Die Bürokratie war einfach nicht angreifbar. 500 Studenten sind zu wenig, um gegen sie etwas auszurichten!

Dennoch hat es auch erfreuliche Tendenzen gegeben. Da war z.B. die politische Bewußtwerdung vieler Studenten. Etwa ein Viertel der Studentenschaft hat bis zuletzt aktiv den Streik geführt und sich auch für seine Ziele eingesetzt.

Viele im Laufe der Jahre verdrängte Diskussionspunkte wurden wiederentdeckt und aufgenommen. Der Streik war ein Lehrstück der staatlichen Repression, bezogen auf die reaktionäre Hochschulpolitik, bezogen auf die faschistischen Polizeistaatmethoden, die gegen die Studenten angewandt wurden und bezogen auch auf schleichende Entpolitisierung der Studenten, die diese Repression bewirkt. Zur Zeit wirkt es sehr ruhig an der PH, doch da ist noch was, was viele inzwischen vergessen hatten:„Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!!"

FOLGEN DES SCHUTZMANNEINSATZES AN DER UNI

MÜNCHEN (ID) 10. Juni

Der spektakuläre Polizeieinsatz an der Münchner Uni am 19.5., bei dem 497 Studenten wegen ihrer Teilnahme an einer Studentenvollversammlung vorläufig festgenommen wurden (siehe ID 126) bekommt nun ein gerichtliches Nachspiel besonderer Art. Der Rektor will bei seinem Law-ans-Order-Exempel nicht mehr gegen alle 497 Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch erstatten, sondern nur noch gegen eine von ihm als „radikale Minderheit von mutwilligen Störern" bezeichnete Gruppe. Um eine etwas verunsicherte Öffentlichkeit (Süddeutsche Zeitung:„Mit Kanonen auf Spatzen, warum? ") mit der Illegalität einer bloßen Versammlung vertraut zu machen wird das Kommunisten-Feindbild wieder ausgepackt:

1. gegen 15 Studenten soll vorgegangen werden, weil sie die sogenannten „Rädelsführer" der Veranstaltung seien. Ihr „Vergehen" besteht darin, als Mitglieder einer linken Organisation bekannt zu sein und zu der Versammlung aufgerufen zu haben.

2. gegen 85 Studenten wird Strafanzeige gestellt, weil sie nicht an der Uni immatrikuliert sind und weil sich unter ihnen „Dutzende ausländischer Kommunisten" befunden hätten, wobei wohl der überwiegende Teil an anderen Münchner Hochschulen studiert.

Die Studenten müssen in München weiterhin damit rechnen, wenn sie bei öffentlicher studentischer Politik ertappt werden, wie bei einem „Ladendiebstahl" (Rektor Lobkowicz) behandelt zu werden.

Aus diesem Grunde wurde für den 26.5. erneut eine Vollversammlung angesetzt, die von der einzig legalen Studentenvertretung in München, dem sogenannten Sprecherrat (gestellt vom RCDS, dieser ist der Weisungsbefugnis des Kultusministeriums unterworfen; von ungefähr 76 % der Studenten gewählt) getragen wurde. Nachdem diesem „Gremium" wegen dessen grundsätzlich positiver Haltung zum Polizeieinsatz gegen Linke die Leitung entzogen wurde, wurden die Vorschläge der verschiedenen Gruppen zur weiteren politischen Arbeit an der Uni im Hinblick auf eine Abschaffung des

Raumverbots für studentische Gruppen, und Aktionen gegen die Anzeigen diskutiert.

Die Veranstaltung, die mit 3000 Studenten zum ersten Mal seit Inkrafttreten des BHG nicht nur von den organisierten Gruppen getragen wurde, wurde zum Forum für die Betroffenen und damit gleichzeitig wieder ein Artikulationsmöglichkeit für viele unorganisierte Linke. In Diskussion mit den etablierten Organisationen wurde versucht die politische Arbeit an der Uni nicht nur zu einer bloßen Interessenvertretung werden zu lassen, sondern sie in unmittelbaren Zusammenhang mit der jeweils individuellen Uni-Situation zu bringen.

Dieser Ansatz zu einer neuen studentischen Öffentlichkeit stand auch im Mittelpunkt einer nach dem Polizeieinsatz von unorganisierten Linken initiierten Veranstaltung, wo die Möglichkeit der Gegenwehr zur verschäfften Repressionssituation auf konkreten Ebenen wie Fachbereiche, Seminare bzw. Wohngemeinschaften, Kommunikationszentren, etc. besprochen und teilweise schon eingerichtet wurden.

AUF DER SUCHE NACH PLÄTZEN FÜR WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGEN

UELZEN/HÜMLING (ID) 17.Juni

Die Propagandisten und Erbauer von Atomkraftwerken befinden sich derzeit auf hektischer Suche nach geeigneten Plätzen zum Bau von Wiederaufbereitungsanlagen für verbrauchte Atombrennstäbe. Dies geschieht vor allem in Norddeutschland. In den betroffenen Gebieten formiert sich Widerstand, konstituieren sich Bürgerinitiativen. So auch in Uelzen und Hümling.

VOM NATURPARK ZUM ATOMMÜLLPARK

UELZEN (ID) 14. Juni

Durch die geringen Uranvorkommen auf der Erde sehen sich die Erbauer von Kernkraftwerken dazu genötigt, ausgebrannte Brennstäbe nocheinmal aufzuschmelzen und die noch verwertbaren Substanzen wiederum zu benutzen. Zur Zeit können Brennstäbe wohl nur in den USA wieder aufbereitet werden, aber die Versuche, eine Atommüllaufbereitungsanlage in der BRD zu errichten, laufen auf Hochtouren. Die Suche nach brauchbaren Plätzen ist vor allen Dingen in Norddeutschland aktuell, sehr wahrscheinlich wird der Standort des Atommüllwerkes in Unterlüß im Naturpark „Südheide", einem kleinen Ort zwischen Celle und Uelzen gewählt. Dort gibt es die besten Voraussetzungen dafür. Zum einen ist das geplante Gebiet im Besitz des Landes Niedersachsen, dann befindet sich unter dem Standort ein Steinsalzstock, der die nichtverwertbaren Abfälle aufnehmen kann, und zum dritten ist die Einwohnerdichte im umliegenden Gebiet nicht sehr hoch. Im übrigen ist dieses Gebiet vielleicht bekannt durch die großen Waldbrände im letzten Jahr, die aber wohl keine vorgezogene Rodung des Waldes waren ...

In dem Atommüllwerk sollen jährlich etwa 1200 t Atommüll aufbereitet werden. Die aufgebrauchten Brennstäbe werden in heissem Zustand in Spezialtransportern der Eisenbahn dorthingebracht und verarbeitet. Im Verarbeitungsprozeß werden u.a. 100 m³ Wasser stündlich zur Kühlung der Brennstäbe benutzt. Inwieweit dadurch radioaktiv verseuchter Dampf in die Atmosphäre gelangt, bleibt abzuwarten, ist aber ziemlich sicher. Des weiteren soll ein etwa 400 m hoher Schornstein entstehen, der weitere Abgase ableitet. Durch ihn werden unter anderem Crypton und Plutonium entweichen, und dank der Höhe ein sehr großes Gebiet verseuchen, zumal man noch nicht weiß, wie man das Crypton herausfiltern soll. Die Propagandisten des Werks aber sind zuversichtlich, bis zur Fertigstellung einen geeigneten Filter entwickelt zu haben.

Die Abfälle werden in Glas eingeschmolzen und im Salzstock versenkt. Nicht bekannt ist dabei aber, wie das Glas und das Steinsalz auf die enorme Hitze des Mülls reagieren; bekannt ist, daß Plutonium nach den Halbwertzeiten 240000 Jahre lang strahlt, wenn es in den vorgesehenen Mengen dort eingelagert wird.

Ein sehr wichtiger Faktor des Werkes ist jedoch die enorme Strahlung die entsteht. Die Betriebsdauer der Anlage ist auf 15 Jahre konzipiert, dann ist sie quasi kaputtgestrahlt und muß stillgelegt werden. Aufgrund dieser Fakten fragt man sich, was passiert mit den Menschen, die dort arbeiten, mit den Wagen, die die Brennstäbe anliefern, was passiert zum Beispiel, wenn so ein Atommüllzug unterwegs irgendwo verunglückt? ? ?

Und obwohl noch so viel geschwätzt wird von Sicherheitsbestimmungen, in Unterlüß wird es Faktum sein, daß in einer 5 km Zone um das Werk niemand mehr wohnen und sich aufhalten darf, in weiteren 30 km Umkreis die Einwohnerdichte 60 E/qkm nicht übersteigen darf. In dieser Sperrzone liegen aber neben vielen Dörfern auch die Städte Uelzen und Celle.

Ganz zu schweigen von den Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Man soll sich scheinbar gewöhnen an verseuchte Feldfrüchte und verseuchte Milch ...

Von Seiten der niedersächsischen Landesregierung wird nichts unversucht gelassen, die Gefahr, die durch das Werk entsteht, zu verharmlosen. Gemeindevorstände aus den umliegenden Gebieten wurden in das Atomforschungszentrum Karlsruhe eingeladen, wo sie sich angesichts der sauberen Luft und dem gesunden Aussehen der dort Arbeitenden überzeugen ließen, daß keine Gefahr besteht.

Für die Bewohner des Landkreises Celle wird mit dem Reiz von 3600 neuen Arbeitsplätzen geworben, die allerdings nur für die Bauzeit und dann anschließend nur für Facharbeiter interessant sind.

Dem Forstmeister des betroffenen Waldgebietes schrieb ein Büttel des Herrn Matthöfer einen Brief, in dem daraufhingewiesen wurde, wie ungefährlich diese Werk sei, und daß die Proteste dagegen aus Unkenntnis geführt würden. Schließlich habe Deutschland die schärfsten Sicherheitsbestimmungen für derartige Anlagen. Nur muß eben dieser Büttel neulich im Bundestag nicht zugehört haben; dort wurde nämlich, neben vielen anderen Schweinereien, Lockerungen im Bereich von Sicherheitsbestimmungen betreffend auch gesagt, daß die strengen Sicherheitsbestimmungen für Versuchsanlagen gelockert bzw. gar nicht erst angewandt werden. Und Unterlüß wird eine Versuchsanlage ...

Des weiteren ist man auch auf offizieller Seite leicht geneigt, die sich bildenden Bürgerinitiativen als Produkte der Aktivitäten von Nazis und Kommunisten zu sehen, die BILD-Zeitung schrieb von einer DDR-Unterstützung der Bürgerinitiativen — die Linie ist da klar ...

In den umliegenden Orten haben sich mittlerweile Bürgerinitiativen gebildet. Aus eigener Erfahrung kenne ich nur die Arbeit in Uelzen, dort scheint sich aber die stärkste Gruppe zu bilden.

In der Initiative „Bürger gegen ein Atommüllwerk in der Heide" haben sich Vertreter aller Berufe und Schichten zusammengefunden, von Landwirten bis zu Rechtsanwälten. Auf der letzten Informationsveranstaltung in Uelzen waren 300 Leute anwesend. Da die Initiative erst seit etwa 6 Wochen besteht, befindet man sich voll in der Aufbauphase. Unterschriftenlisten, Plakate und Materialsammlungen wurden erstellt (bis jetzt sind etwa 1500 Unterschriften gesammelt worden), als nächstes soll eine Arbeitsstrategie entwickelt werden. Die Bürgerinitiative in Uelzen ist dabei jedoch auf absolute „Neutralität" bedacht. So benutzt sie nicht den Namen Bürgerinitiative sondern nennt sich nur „Bürger gegen ...", Info-Tische und Veranstaltungen werden nur von Leuten inszeniert, die wie „Bürger" aussehen — um vorzubeugen, daß man sie nicht sofort mit irgendwelchen „Radikalen" in Verbindung bringt. Es sind viele Leute dabei, die beim Gebrauch des Wortes „Kampf" zusammenzucken und sich erstmal entschuldigen. Man ist also sehr vorsichtig im Taktieren, um sich keine Blöße zu geben. Welche Gefahren diese Haltung bringen kann, welche Vorzüge sie hat, ist noch zu diskutieren.

Die Arbeit dieser Initiative ist gekennzeichnet davon, daß man sich klar ist, daß die Kraft mindestens bis zum projektierten Baubeginn (1978) reichen muß. So wird also sehr vorsichtig damit begonnen in Städten und Dörfern zu informieren. Die Volkshochschule Uelzen macht am 21.6. eine Veranstaltung mit Vertretern von

Bund, Land und Parteien zu diesem Thema, erste Verbindungen zu Presse und Rundfunk werden geknüpft, aber alles in allem sehr vorsichtig.

Kontaktadresse: Knut Hose (oder) Rebecca Harms, Haus Nr. 25, 3141 Barnstedt.

ATOMENERGIE-BEFÜRWORTER MACHEN SICH UNBELIEBT

HÜMLING (ID) 14. Juni

Im Mai fand eine Veranstaltung in einem Dorf im Hümling (Niedersachsen) statt, die das für und wieder einer geplanten Wiederaufbereitungsanlage (WAA) für verbrauchte Atombrennstäbe klären sollte. Veranstaltet war die Podiumsdiskussion von einem örtlichen Verein. Die Seite der Befürworter der WAA hatte ihre stärksten Geschütze aufgefahren: Kolzer, Strahlenfachmann der Versuchsanlage Karlsruhe; Kühn, Hennecke, Schüler und Kuhnt, die führenden Techniker und der Jurist der bauenden Firma und Randel vom Bundesministerium für Forschung.

Die Argumente der WAA-Gegner wurden formuliert von Prof. Dr. Jens Scheer, Atomphysiker an der Universität Bremen, Prof. Dr. Walter Soyka, vom Institut für biologische Sicherheit an der Uni Bremen, beide Mitverfasser der Aufklärungsschrift gegen Atomwerke: „Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie. 66 Erwiderungen". Weiter saßen gegen den Bau der WAA auf dem Podium: Prof. Dr. Schäfer, Mathematiker, Haye, Umweltexperte der FDP (!) und Cohrs von der humanistischen Gesellschaft.

Das Publikum in der proppe-vollen Aula des Gymnasiums bestand aus interessierten Bürgern und Bauern aus der Gegend. Vor allem Letztere äußerten entschieden ihre Bedenken und zeigten keine falsche Ehrfurcht vor den Autoritäten. Im Laufe der Veranstaltung wurden alle zentralen Behauptungen und Rechtfertigungsversuche der Atomindustrie und ihren Gehilfen vom Bundeswissenschaftsministerium widerlegt:

- Es gibt keinen 100 %igen Schutz gegen „Störfälle" vor allem nicht bei WAA.
- Die Entlagerung des Atommülls ist keinesfalls gesichert (es gibt Berechnungen, nach denen die Salzbergwerke bereits nach 20 Jahren geflutet sind).
- Es ist ein stagnierender und nicht ein steigender Stromverbrauch festzustellen und zu prognostizieren.
- Atomenergie ist entgegen allen anderslautenden Stimmen teurer als herkömmlicher Strom.
- Es gibt keine ungefährlichen Toleranzwerte für Strahlenbelastung. Die Verschärfung der Bestimmungen für die Umgebung von Atomkraftwerken von 500 Millirem auf 30 Millirem Strahlung pro Jahr zeigt, wie willkürlich Grenzen festgesetzt werden. Erwiesenermaßen steigen die Fälle von Krebserkrankungen in der Umgebung von Atomkraftwerken signifikant an. Eine WAA hat eine tausendmal (!) höhere Schadstoffabsonderung wie ein herkömmliches Atomkraftwerk.

Der Öffentlichkeit nicht zugängliche Berechnungen über das Verhältnis von Wert des Menschenlebens und Wirtschaftlichkeit der zu betreibenden Anlage legen den menschenfeindlichen Charakter der Atomenergie und ihrer Betreiber offen: Da geht man von einem Wert des Menschenlebens von 500000 DM aus und bestimmt danach, was man an Giftstoffen zurückhält bzw. in die Umwelt entläßt. Würde das Herausfiltern eines Stoffes im Verhältnis 300000 DM kosten, so installiert man das Filter. Übersteigen die Filterkosten 500000 DM im Verhältnis, so nimmt man lieber die Gefahr der radioaktiven Verseuchung ganzer Landstriche in Kauf (das gilt z.B. für das sehr gefährliche Element Jod und Tritium).

Die WAA soll zwei Kilometer von einem Bundeswehrübungsplatz gebaut werden, auf dem 300 km weiter abgeschossene Raketen landen und explodieren, obwohl Fälle bekannt sind, daß Raketen 5 km aus der Richtung abgetrieben worden sind.

Die Befürworter meinen, die Erfahrungen der Versuchsanlage in Karlsruhe ließen sich ohne weiteres auf die geplante WAA im Hümling übertragen (Kapazität des Werks in Karlsruhe: 40 t pro Jahr; WAA im Hümling: 1400 t pro Jahr !!). Es gibt keine vergleichbare Anlage dieses Ausmaßes. Nach Prof. Scheer besteht die Möglichkeit, daß es wegen der Riesigkeit des Systems zu solchen Plutoniumansammlungen kommen kann, daß eine einer Atombombenexplosion ähnlichen Reaktion stattfinden kann. Wird durch einen „Störfall" nur 1 % der radioaktiven Menge frei, weht der Wind in die entsprechende Richtung und regnen sich die Wolken ab, so muß Berlin evakuiert werden.

Völlig entwaffnet fanden sich die Befürworter vor einer mittlerweile formierten Ablehnungsfront aller Zuhörer wieder. In dieser Situation versuchte der Jurist des Konzerns das Blatt zu wenden, indem er durch das Vorlesen eines Flugblatts des KSV (Kommunistischer Studenten Verband), welches Scheer mitverfaßt hatte, versuchte ihn zu diffamieren. Der Schuß ging nach hinten los. Eine empörte Stimme warf ein, daß man Scheers wissenschaftliche Qualifikation nicht wegen seiner politischen Einstellung in Frage stellen könne. Ein minutenlanges rhythmisches Klatschen der Zuhörer war die Folge. Allein durch ihr überhebliches, arrogantes Auftreten verscherzten sich die „Saubermänner" von der Atomindustrie bei der Bevölkerung die Sympathien. Die Veranstaltung endete mit der Versicherung aller Teilnehmer, niemals den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage im Hümling zuzulassen.

AUFKLEBER GEGEN ATOMKRAFTWERKE

Die Gruppe gewaltfreie Aktion Frankfurt hat Plaketten und Aufkleber gegen Atomkraftwerke herstellen lassen. Beide haben die Form eines Stoppschildes. Die Aufkleber kleben vorder- und rückseitig. Bestellungen ab 30 Stück, Stück DM 0,50 incl. Porto. Vorauszahlung: Postscheckkonto Ludwigshafen Nr. 105432-675, Klaus Haas, Lessingstraße 2, Zi. 67, 6000 Frankfurt.

DER FREE CLINIC GEHTS MIES — DIE FREE CLINIC BRAUCHT GELD

HEIDELBERG (ID) 17.Juni

Im Wartezimmer der Heidelberger Free Clinic in der Brunnengasse hängt ein Plakat mit folgendem Text: „Free Clinic in Gefahr — Warum? Es ist kein Geld mehr da! Die Bundesgelder laufen im September aus. Auf Grund dessen wird die Praxis nicht mehr in der Lage sein, Leute zu behandeln, es kann kein Gruppenprogramm und keine Therapie mehr stattfinden..."

Mit den Bundesgeldern ist das so: die Free Clinic wird als Projekt von Bundesministerium für Gesundheit gefördert — die Zahlungen laufen jetzt im fünften Jahr — und nach fünf Jahren muß über eine weitere Förderung neu beschlossen werden. Das ist bisher noch nicht geschehen.

Doch auch an anderen Ecken wird die Free Clinic gerupft. So steht in einem Info vom Mai: „...Seit einiger Zeit wird uns immer klarer, wie dringend es ist , Geld zu beschaffen, damit die Free Clinic weiter existieren kann. Uns fehlen 60 000 DM. Wenn wir dieses Defizit nicht ausgleichen können, müssen wir Ende des Jahres zumachen. Außerdem sind trotz steigender Lebenshaltungskosten unsere Gehälter — 650 DM monatlich — seit Jahren gleich geblieben und vielen von uns ist es einfach nicht mehr möglich, damit auszukommen.
In ihrem Brief vom 15.April 1976 kündigt die Stadt an, daß 1976 der Mietpreis noch höher als letztes Jahr sein wird. Statt bisher 27.000 DM dann 35.000 DM Gesamtabgaben. Wir können bereits die 27.000 DM nicht aufbringen; falls die Stadt uns jetzt noch mehr Geld abverlangt, können und werden wir das nicht zahlen — oder wir müssen die Free Clinic schliessen, denn das Geld haben wir nicht."

Spenden auf das Postscheckkonto Nr.226 69 - 753 Postscheckamt Karlsruhe, Stichwort „Kohlenpott".
Adresse: Heidelberger Free Clinic, 69 Heidelberg 1, Brunnengasse 18.

MARSCH FÜR ENTMILITARISIERUNG

FREIBURG (ID) 14. Juni — Vom 4. bis 10. August findet der internationale gewaltlose Marsch für Entmilitarisierung von Metz nach Verdun statt. Zwei weitere Märsche sind mit ihm gekoppelt: vom 28.7. bis 1.8. in Norditalien und vom 13. bis 18.8. auf Sardinien. In einem Aufruf der Organisatoren heißt es:

„Als Antwort auf den Appell antimilitaristischer, sozialistischer, libertärer, pazifistischer und gewaltloser Organisationen rufen wir alle, die sich für gesellschaftliche Veränderungen in unseren Ländern einsetzen, dazu auf, den Internationalen gewaltlosen Marsch für Entmilitarisierung zu unterstützen und an ihm teilzunehmen.

‚Nie wieder Krieg' muß mehr als nur ein Schlagwort sein, hinter dem neue Bürger- oder internationale Kriege, bis hin zu atomaren Kriegen, vorbereitet werden. Diejenigen, die sich Sozialismus, Gewaltlosigkeit und Internationalismus zum Ziel gesetzt haben, müssen in dieser kritischen Zeit politische Alternativen entwickeln und müssen diese Alternativen durch Einheit und hingebungsvollen Einsatz verwirklichen.

Wir bekräftigen, daß:
- einseitige Abrüstung unserer Länder
- Widerstand gegen alle Militärblöcke
- Friedensforschung für soziale Verteidigung
- Umwandlung militärischer Strukturen und Ausgaben in zivile und soziale Strukturen und Ausgaben

notwendige Bedingungen für die Entmilitarisierung der Gesellschaft auf wirtschaftlichem, sozialen und ideologischem Gebiet sind.

Wir wollen die Opfer der Weltkriege in anderer Weise würdigen als unsere Regierungen, die sie benutzen, um ihre militaristischen Werte aufrecht zu erhalten und um so die ‚Verteidigung' zu rechtfertigen, die ihren eigenen Klasseninteressen dient.

Wir unterstützen jene Soldaten, Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstverweigerer, die sich für folgende Ziele einsetzen:
- Meinungs- und Vereinigungsfreiheit für Soldaten
- Anerkennung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung in allen Ländern
- Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit und Militärgerichte
- die Entlassung der Kriegsdienstverweigerer, Zivildienstverweigerer und Soldaten, sowie derer, die als zivile Opfer militärischer Repression im Gefängnis sind.

Die Initiative für den Marsch ging von folgenden Gruppen und Organisationen aus: Partito Radicale, Italien; War Resisters International, Belgien; Internationaler Versöhnungsbund, Belgien; Internationales Friedensbüro, Schweiz; Internationaler Kollektiver Widerstand, Belgien.

Das für den Marsch ausgesuchte Gebiet ist hochmilitarisiert. Es wimmelt nur so von Kasernen. Dort befinden sich auch die ‚taktischen' Kernwaffen Frankreichs, mit einer Reichweite von 150 km — in Richtung deutscher und belgischer Städte — und jede von der Wirkungskraft der Hiroshima-Bombe. Und das inmitten der Massengräber des I. und II. Weltkriegs. Ein guter Platz für Deutsche und Franzosen, für Menschen aller Nationalitäten, z.B. für einseitige Abrüstung ihrer Länder, für Entmilitarisierung und gegen internationalen Waffenhandel zu demonstrieren.

Internationale Koordination: Internationaler gewaltloser Marsch für Entmilitarisierung, c/o War Resisters International & Internationaler Versöhnungsbund, 35, rue van Elewijk, 1050 Brüssel, Belgien.

Deutsche Koordination: Beate Harloff, Fendrichstr. 6, 7800 Freiburg, PschK Karlsruhe Nr. 1332-45-750, B. Harloff, Freiburg.

Kontaktadresse für die Märsche in Norditalien und auf Sardinien: Partito Radicale, via di Torre Argentina 18, 00186 Rom, Italien.

Bitte, geben sie uns auch Ihre finanzielle Unterstützung."

Ein Mitglied der Arbeitsgruppe Gewaltfreie Aktion Frankfurt erläuterte: „Der Marsch soll eine erste Möglichkeit sein unsere Forderungen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wir wollen eine Welt, in der wir nicht permanent in der Angst eines neu ausbrechenden Krieges leben müssen, sondern wo Frieden und Gerechtigkeit untrennbar voneinander sind.

Ein Teil des Marsches findet in Frankreich statt. Um zu verhindern, daß die französischer Regierung den Marsch unterdrückt, ist es notwendig, daß möglichst viele Menschen den Marsch unterstützen, d.h. den Aufruf unterschreiben, an dem Marsch selbst teilnehmen sowie ihn finanziell unterstützen. Besonders wichtig ist, daß sich daran auch bekannte Persönlichkeiten und Organisationen beteiligen. Für den Marsch selbst wird ein Handzettel gedruckt, der in den meisten europäischen Sprachen alle notwendigen Informationen über den Marsch, Unterbringung, Aktionen etc. enthält. Weitere Informationen und den Termin für das nächste Vorbereitungstreffen gibt es bei der deutschen Koordination (Adresse siehe Aufruf). Dort ist man schon mit DM 500,— in den roten Zahlen. Bitte spendet auf das Postscheckkonto Karlsruhe 1332-45-750 (auch kleine Beträge)."

VERANSTALTUNG GEGEN VORSTER-BESUCH

HAMBURG (ID) 17. Juni — Am Mittwoch, den 23. Juni findet um 18 Uhr im Martin-Luther-King-Haus in der Grindelallee 9 in Hamburg eine Veranstaltung gegen den Besuch des südafrikanischen Ministerpräsidenten Vorster statt. Es spricht u. a. Franz J.T. Lee. Veranstalter ist die Internationalismus-Gruppe des SB.

INTERNATIONALES

ITALIEN: DIESES JAHR STELLT SICH DIE REVOLUTIONÄRE LINKE GEMEINSAM ZU DEN WAHLEN

FRANKFURT (ID) 17.Juni — Am 20.Juni werden in Italien die vorgezogenen Parlamentswahlen stattfinden. Es ist genau ein Jahr vergangen, seit dem 15.Juni 1975, an dem die Democrazia Cristiana (Dc) eine schwere Wahlniederlage erlitt.
Aber trotz der tiefen und unwiderruflichen Krise der Dc monopolisiert sie die zentralen Instrumente der Regierung und des Staates weiterhin. Auf der anderen Seite hat die PCI, in vollkommenem Gegensatz zu dem Wahlergebnis zu dem 15.Juni, ihre Zusammenarbeit mit der Christdemokratischen Partei betont und verstärkt.

Einige Beispiele dafür:
Die offene Unterstützung der Moro-Regierung
Die Billigung der neuen Polizeigesetze (Legge Reale) die praktisch der Polizei eine Schießerlaubnis geben und deshalb in einem Jahr schon mindestens 60 Tote gefordert haben.

Und dafür sind die PCI und PSI verantwortlich, weil sie diesen Gesetzen nichts in den Weg gestellt haben.
Zur Abtreibungsfrage hat die PCI, nur wieder mal den historischen Kompromiß mit der Dc zu retten, eine beschämende frauenfeindliche Position gehabt. Sie hat nämlich zusammen mit den anderen Parteien (Dc,PSI,PRI) versucht, einen Gesetzesvorschlag durchzubringen, den man fast mit dem „Indikationslösungsvorschlag" hier in der BRD vergleichen kann.

Ein anderes Beispiel revisionistischer Politik war der Versuch, Gruppen von bezahlten gewerkschaftlichen Arbeitern zum Schutz von Fabriken zu bilden; wie es nach den provoka-

torischen Brandstiftungen bei Fiat und Alfa geschehen ist. Diese Brandstiftungen sind sicherlich nicht von Linken gemacht worden.

WAS HAT SICH VERÄNDERT VOM 15.JUNI 75 bis HEUTE?

Die wichtigsten Veränderungen sind sicher durch die ökonomische Krise provoziert worden wie durch die Preissteigerung und durch die Inflation. Und als Antwort darauf der Arbeiterkampf.
Die Situation, in denen die Proleten im autonomen Kampf und oftmals auch in autonomen Organisationsformen den Weg gesucht haben, sich zu verteidigen, und den Angriff der Kapitalisten auf die Beschäftigung und den Lohn niederzuschlagen, haben sich vervielfacht. In diesen Situationen haben sich die Konflikte und der Zusammenstoß mit dem Revisionismus mehr oder weniger stark entwickelt.

Der Verlust der Kontrolle der PCI über die Bewegung und das Stärkerwerden der revolutionären Politik standen im Mittelpunkt der Kämpfe von einigen Sektoren der Arbeiter. Zum Beispiel haben sich im Kampf der Arbeitslosen in Neapel und im übrigen Italien der Unterschied zwischen revisionistische und revolutionäre Politik sogar in zwei unterschiedlichen Formen der Organisierung niedergeschlagen. Bedingt durch die Radikalität des politischen Angriffs der Kapitalisten und bedingt durch die reformistische Unfähigkeit haben sich bei den Arbeitern in den großen Fabriken die Kampfformen tiefgreifend verändert.
Abteilungen, die traditionsgemäß die Hochburg einer gemäßigten und revisionistischen Linie bilden, brechen mit dieser Linie in den Kampfformen und fangen an, sich an einer anderen Perspektive zu orientieren. Zwei große Beispiele dafür sind Innocenti und Singer.

Auf der anderen Seite hat die Frauenbewegung die revisionistische Politik an den Wurzeln erschüttert und ins offene Licht gerückt. Am Beispiel der Abtreibung machte die PCI nicht nur eine hartnäckige Politik des Kompromisses mit der Dc, sondern hatte auch eine totalitäre Konzeption individueller Freiheit, die der Frau jede Möglichkeit alleine zu entscheiden, absprach.

Der Kampf für die freie, kostenlose Abtreibung, bei der die Frau auch in den ersten Tagen betreut werden und der starke Wille der Frauen, selbst zu entscheiden, hat bewirkt, daß man im Parlament keinen Kompromiß auf dem Rücken der Frauen erreichen konnte.

Dieser Emanzipationsprozeß und die Eroberung einer autonomen Perspektive geht sehr schnell voran, auch wenn er sehr schwierig und verschiedenartig ist. Immer da, wo es eine neue Masseninitiative gibt, erkennt man unmittelbarer und deutlicher, eine Trennung von und einen Bruch mit der revisionistischen Richtung, wobei diese Masseninitiative in dieser Auseinandersetzung eine revolutionäre Alternative aufbaut. Insgesamt gesehen, ist die soziale Bewegung größer geworden, die sich direkt auf die Klassenautonomie bezieht. Und dieser Prozeß, der von den entwickeltsten Kämpfen getragen wird, schafft die Inhalte für ein sozialistisches Programm, das sich nicht von oben nach unten, sondern umgekehrt, von unten nach oben herstellt.

Die dem 15.Juni folgenden Erfahrungen – nämlich das Mitregieren der PCI und die letzten aber gefährlichen Schläge der Überbleibsel der Dc an der Regierung – haben bei den Massen den Willen verstärkt, die Dinge grundlegend zu verändern und das bedeutet in erster Linie der Wunsch nach dem Ende der Christdemokratischen Macht und in zweiter Linie eine nichtblinde Zustimmung zu der institutionellen Rolle der PCI. Vielmehr fangen die Leute an der Seite dieser Linie an, mißtrauisch zu werden in eine PCI-Politik, die es ablehnt, den Willen und die Stärke der Massen auszudrücken.

WAS BEDEUTET ES FÜR DIE REVOLUTIONÄRE INS PARLAMENT ZU GEHEN?

Für die Genossinnen und Genossen von Lotta Continua (L.C.) ist eine Sache sicher; nämlich, daß man niemals den Kampf zwischen der bürgerlichen und der revolutionären Linie um die Eroberung der Mehrheit des Proletariats in Parlament wird verlegen können, weil diese Gewinnung der Mehrheit nur im Massenkampf und in den Organisationen der Massen stattfindet.
Das heißt, daß die Abschaffung des bürgerlichen Staates nicht durch eine stufenweise Aufhebung der Staatsmacht mittels einer schrittweisen Übertragung in Volksmacht zustande kommt. Wer so denkt, setzt schnell die Massenorganisation mit der Gewerkschaft gleich und hält die Revisionistenregierung für eine Regierung des Übergangs zum Sozialismus und endet schließlich beim Einzug ins Parlament mit Absichten der Zusammenarbeit und der Teilnahme.

Es darf nicht vergessen werden, daß in den Auseinandersetzungen immer drei Pole existieren: Die Reaktion, die, durch die Revisionisten repräsentierte, institutionelle bürgerliche Legalität und die Volksmacht. Und dabei ist zu bedenken, daß die Radikalität der Auseinandersetzung den Spielraum immer mehr verringert, sodaß es zu direkten Konfrontationen von Reaktion und Volksmacht jenseits jeder formalen Demokratie kommt. Andererseits darf eine Linksregierung nicht wie ein einheitlicher und statischer Block aufgefasst werden, wie wenn auf sie keine Rückwirkung internationaler und interner Konflikte Einfluß ausüben würden.

Es ist dadurch nicht nur die Möglichkeit einer Polarisierung von Positionen im inneren der Mehrheit der Linksregierung voraussehbar, sondern auch die Möglichkeit ihrer Krise und ihrer Spaltung.

Die Funktion der Revolutionäre im Parlament wird abhängig sein von der Entwicklung der Linksregierung und von dem Einfluß der Volksmacht auf diese Institutionen.

DIE EINHEITSLISTE WAR DER WILLE DER GANZEN BEWEGUNG

Für die gemeinsame Präsentation der revolutionären Linken zu den Wahlen ist die Position, die die gesamte Klassenbewegung eingenommen hat, wichtig gewesen. Hunderte von Komitees in Fabriken und Schulen, die Feministinnen der verschiedenen Städte, Stadtteilkomitees, die Arbeitslosen, Anti-Faschistische Kollektive und Komitees, die mit den revolutionären Organisationen verbunden sind oder auch nicht, haben sich für eine Einheitsliste der Revolutionäre ausgesprochen.
L.C. hatte bis Ende Januar zusammen mit der Eröffnung der Debatte über das Sich-zur-Wahl-stellen vorgeschlagen, daß die revolutionäre Linke dies gemeinsam auf nationaler und lokaler Ebene tue. Für diesen Vorschlag war die Teilnahme der wichtigsten Organisationen der revolutionären Linken wesentlich. Und das heißt, L.C. Avantguardia Operaia und Manifesto – PDUP.
Dieser Vorschlag hatte keinen Erfolg wegen der sofortigen Ablehnung der PDUP, die am Ende auch das Sekretariat von A.O. in dieser Ablehnungshaltung einbezogen hat. Die Sekretariate dieser beiden Organisationen haben ganz klar ein Bündnis mit Lotta Continua auf nationaler Ebene abgelehnt und damit L.C. heftig diskriminiert.

Mitte April brachten diese Sekretariate von A.O. und PDUP ein Komunique heraus, das eine positive Einschätzung über die Erfahrung von Democrazia Proletaria enthielt (so nannte sich die Liste, in der sich voriges Jahr schon diese beiden Organisationen zur Wahl stellten.) Sie betonten weiterhin, daß das gemeinsame sich zur Wahl stellen auch Ausdruck ihrer politischen Einheit sei. Die zwei Sekretariate „erwägen die Möglichkeit von Wahlbündnissen mit anderen politischen Organisationen und bestätigen, daß nicht die geringsten Voraussetzungen für ein nationales Bündnis mit L.C. bestehen. Hauptsächlich wegen deren Position zur Frage der Tarifverträge und deren Beziehung zur Gewerkschaft."

Dieses schwerwiegende Komunique, welches das Sektierertum und den Opportunismus dieser beiden Organisationen ans Licht gebracht hat, schien jede Möglichkeit einer gemeinsamen Präsentation zu zerstören und gleichzeitig, in dem es die revolutionäre Linke spaltete, begünstigte es die

revisionistische Linie, die aus dieser Spaltung gewiß den Nutzen gezogen hätte, während die ganze Klassenbewegung nicht davon profitiert hätte.

Diese spalterische Position ist also aus der rechten Fraktion von PDUP (von der Lucio Magri der Wortführer ist) sogar mit nichts weniger, als der Erpressung der Spaltung und der Auflösung der Partei selbst zustande gekommen. In den Auseinandersetzungen von A.O. spielte stattdessen die Drohung des Auseinanderbrechens der Einheit mit PDUP eine Rolle. Aber dieses Komunique hat innerhalb dieser ganzen Bewegung und auch in der Basis von der PDUP und A.O. selbst einen großen Proteststurm hervorgerufen. Von da an hat sich die Welle der Aufrufe zur gemeinsamen Wahlpräsentation der Revolutionäre vervielfacht . Durch diese Aufrufe, die aus vielen Teilen Italiens kamen, sind PDUP und A.O. gezwungen worden, zu reagieren. Und wenn man sich heute geinigt hat,sich in der gemeinsamen Wahlliste zu stellen, so können wir sagen, daß dieses Bündnis nicht von oben her zustande kam, sondern durch eine Entscheidung der ganzen Bewegung.

Für die Diskussion in den Massen und für die Kampagne der Aufrufe nach einer Präsentation aller der Kräfte, die sich auf die Autonomie des Proletariats beziehen, hat Lotta Continua sich sehr bemüht und hat versucht, Provokationen und Verleumdungen zu verhindern beziehungsweise einzuschränken und die Möglichkeit einer Entscheidung aus der Basis herzustellen.

Die gemeinsame Präsentation in der Liste der Democrazia Proletaria (D.P.), zu der auch andere Organisationen wie Lega dei Comunisti, Il Movimento dei Lavoratori per il Socialismo und die Vierte Internationale gehören, hat PDUP das Abdanken eines Mitglieds seines Sekretariats gekostet, hat aber einen großen Raum für die Möglichkeit, sich im Wahlkampf links von der PCI darzustellen, eröffnet. Das Programm zur Wahl von D.P. bezieht sich direkt auf die Probleme der Beschäftigung, der Emigration und der Arbeitslosenbewegung; auf die Frage der Nationalisierung; auf das Problem der Beschlagnahmung von Häusern; auf den Kampf für „politische Preise"; auf den Kampf für die freie , kostenlose und betreute Abtreibung; auf die Abschaffung der Polizeigesetze (Legge Reale).

Über diese und viele andere Themen gab es viele Diskussionen. Alle revolutionären Organisationen müssen sich in diesen Debatten weiterhin einbringen, indem sie den Kräften an der Basis eine Stimme verleihen.

Was die Frauenbewegung betrifft, so ist von vielen Seiten der Vorschlag aufgekommen, eine feministische Liste innerhalb der D.P. zu machen. Die Diskussion ist nicht möglich gewesen, weil ein Teil der feministischen Bewegung keine Position zu den Wahlen nehmen wollte.

Daß diese feministische Liste nicht zustande gekommen ist, ist sehr bedauerlich, weil Millionen Frauen bei diesen Wahlen wieder wie immer gezwungen sind, ihre Stimme einer Partei zu geben, die, auch wenn es eine linke Partei ist, nicht die Interessen der Frauen repräsentiert.

SARTRE: DIE DEUTSCHE REGIERUNG HAT SIE ERMORDET

TEMPO: DAS ITALIENISCHE GEFÄNGNISSYSTEM

Dieser Artikel über das italienische Gefängnissystem erschien nach und in Zusammenhang mit der Ermordung von Ulrike Meinhof. Er erschien am 23. Mai in der italienischen Wochenzeitschrift TEMPO unter der Überschrift „Heute Nacht haben sie die Revolution selbstgemordet" und beginnt mit einer Erklärung von Jean Paul Sartre:

„Die Gefangene Ulrike Meinhof ist tot. Wie? Man weiß es nicht. Die Version des Selbstmordes wäre in sich akzeptierbar (zugebbar), wenn sie nicht, so wie sie übermittelt worden ist, einige falsche Einzelheiten enthielte. Sicher, das beweist nicht, daß es keinen Selbstmord gegeben hat, aber daß die realen Umstände dieses Selbstmordes, wenn es einer war, bewußt verborgen gehalten werden. Von hier zu der Annahme, daß der Tod zugefügt worden ist, ist nur ein Schritt.

Wie immer, die Lebensbedingungen dieser Angeklagten im Gefängnis waren, das weiß man, unerträglich. Im wahren Sinn des Wortes. Drückende Stille, künstliches Licht, vier Wände die den Blick einschließen: alles das ist schon der Tod, zerstörte Zukunft.

Wenn wir also glauben, daß dieser Tod ein Selbstmord ist, dann muß man sagen, daß seine Ursache das furchtbare Regime ist, dem Ulrike bewußt unterworfen wurde: die deutsche Regierung hat sie ermordet ... Dieses tragische Ereignis und andere, die wir kennen, lassen. beunruhigend erkenn en, welches die Kräfte sind, die in Deutschland von 1976 herrschen.

Ich möchte hinzufügen, daß die Haftbedingungen, die den Tod von Ulrike Meinhof verursacht haben, nicht andere sind, als die, denen die anderen Angeklagten der „Baader-Meinhof-Gruppe", wie sie willkürlich genannt wird, unterworfen sind. Es ist notwendig, dieser Haftsituation mit größter Dringlichkeit ein Ende zu machen: das Geschehene beweist, daß jeder von ihnen in Lebensgefahr ist."

(Es folgt ein langer Artikel (sieben Seiten) über den Tod von Ulrike, auf der Basis eines Interviews mit Chotjewitz. Am Schluß:

„Und in Italien? Wir klopfen an die Zellen der politischen Gefangenen. Das z.B. geschieht in Asinara..." Dann weiter:)

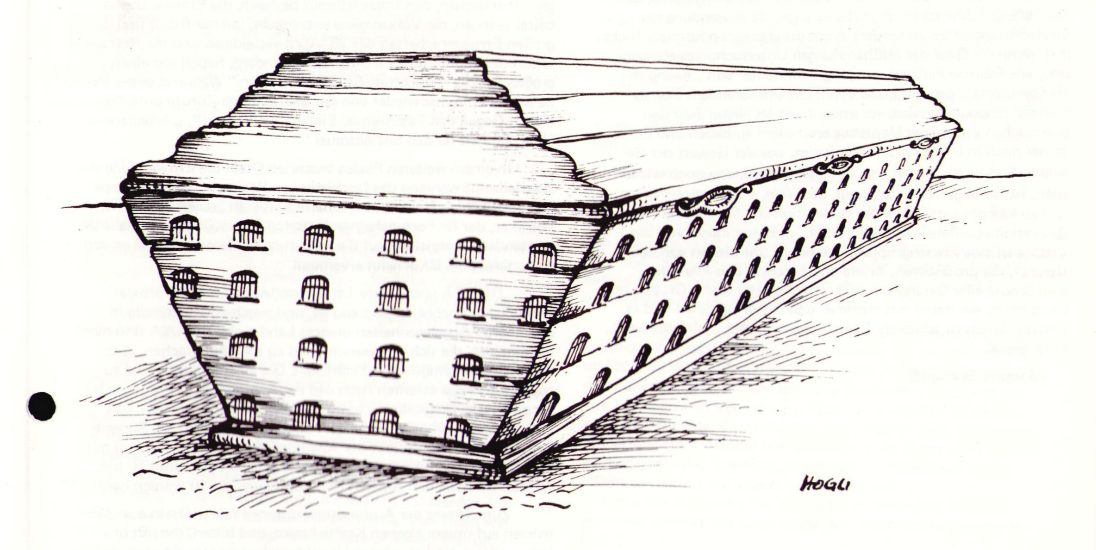
„Rom. Die „Camera silens" von Mario Rosso, Chef der Gruppe 22. Oktober aus Genua, befindet sich im Gefängnis von Alghero. Die Zelle ist winzig klein, keine Luft, das einzige Fenster geht auf einen geschlossenen Korridor. Eine Lampe von 150 Watt brennt Tag und Nacht, sie ist durch ein Gitter geschützt, so daß der Gefangene sie nicht einschlagen kann. Zum Schlafen muß Rossi sich Tücher übers Gesicht legen. In die Zelle dringt kein Geräusch. 22 Stunden am Tag ist der Gefangene ohne jeden Kontakt. Der tägliche „Spaziergang" dann in einem Kubus im Innern des Gefängnisses, feucht, muffig.

„Die Isolierung," schreibt Giulio Salierno, „zerstört die Persönlichkeit des Eingeschlossenen, vernichtet die sozialen Bezüge und das Zeitgefühl. Nach zehn Tagen explodiert der Kopf." Matio Rossi ist seit vier Monaten isoliert, er ist an der Schwelle des Wahnsinns. Der Schriftsatz seines Anwalts Edoardo Arnaldi vom Februar liegt in einer Schublade. Es scheint ein Grenzfall, aber es ist keiner. Die Zeugenaussagen, die Chroniken, die verschiedenen Dokumente zeigen, daß die Haftbedingungen fast aller linken politischen Gefangenen —die Rechten haben oft Vorzugsvehandlung —erschreckend sind.

Alfredo Papale, der Student aus Napoli, dem Mitgliedschaft in den Nuclei Armati Proletari (NAP) vorgeworfen wird, hat ein Auge verloren und riskiert auch das andere zu verlieren, wegen mangelnder Behandlung. Mario Rosario Sansica, eine anderes vermeintliches Mitglied der NAP, wiegt nach einem Hungerstreik nur noch 38 kg. Umberto Farioli, junger Aktivist der Brigate Rosse, hat eine durch ein künstliches Bein verursachte Entzündung gehabt und wird sein ganzes Leben lang gelähmt bleiben.

In einigen Gefängnisse, wie z.B. in Alghero und in Asinara, deren Direktor Luigi Cardullo ist, plant man für die politischen Gefangenen, Gefangene der BR, der NAP und Revolutionäre im allgemeinen, Extra-Bunker zu bauen. Die Rechtfertigung, die die Gefängnisleitung dafür gibt, nämlich „Revolten vermeiden, die am meisten politisierten isolieren", scheint ungeheuerlich und falsch. Was aus den verzweifelten Beschwerden, die die Gefangenen unter großen Risiken aus den Gefängnissen herausschmuggeln, in Wirklichkeit hervorgeht, ist ein Inferno von Willkür und Mißhandlung, dessen Ziel die Zerstörung, der Wahnsinn, der Tod der Gefangenen ist.

Unter Mißachtung aller Vorschriften, der alten, wie der neuen, sind die Isolierzelle, das Bett, auf dem die Gefangenen angeschnallt werden, Schläge und unglaubliche Gewalttätigkeit die



Regel in fast allen Vollzugsanstalten. In Asinara und Alghero, in Trani, Lecco, Palermo, Milano und Bologna herrscht ein derartiger Terror, daß viele Gefangene zum Verzweiflungsakt der Selbstverletzung greifen, um aus ihrer Situation herauszukommen. Cesare Maino von der Gruppe 22. Oktober hat einen Löffel geschluckt, um von Alghero wegzukommen und sich der Willkür Cardullos zu entziehen (der von den Gefangenen, die unter seinem Regime Quälereien aller Art ausgesetzt wird, als „Total verrückt" beschrieben wird). Ein anderer Gefangener, Giovanni Castaldo, hat sich buchstäblich den Mund zugenäht und sich eine Nadel in die Brust eingeführt. Luigi Bosso hat eine Bohne unter das Augenlid eingeführt, um nicht nach Porto Azzurro zurückzumüssen und hat eine schwere Infektion und schließlich Blindheit davongetragen. Andere haben den kürzeren Weg gewählt: Bruno Valli hat sich im Gefängnis Murate in Bologna erhängt.

Das Klima in Asinara und in anderen Anstalten ist das der Konzentrationslager der Nazis. Im letzten August haben die Wachen „die Asinara verteidigen" das Feuer gegen einen ahnungslosen Schweizer Segler eröffnet, der die Hoheitsgrenzen (500 m am Tag und 1.000 m in der Nacht) verletzt hatte. Bei der Roten Hilfe, den Rechtsanwälten und einigen Intellektuellen, die versuchen, sich gegen die Gefängniswillkür einzusetzen, kommen täglich Briefe an, die von neuen Tragödien berichten.

Wieviel politische Gefangene gibt es in Italien? Nicht weniger als 150 sagen einige, wozu man noch die vielen tausend zählen muß, die seit 1968 bis heute wegen Demonstrationen oder Hausbesetzungen mehr oder weniger lange im Gefängnis gesessen haben. Der Fall des Anarchisten Franco Serantini aus Pisa, den man im Gefängnis hat sterben lassen, obwohl er nur bei einer antifaschistischen Demonstration vorübergehend festgenommen worden war, zeigt, daß die Gewalt im Gefängnis fast nie irgendwas mit dem Umstand, der die Unglücklichen ins Gefängnis gebracht hat, zu tun hat.

Die Ideologie der Gefängnisdirektoren wird klar aus dem, was Cardullo zu Giovanni Piccariello, einem „Nappisten", der am 25. Juli 1975 in Asinara ankam, sagt: „Genosse Piccariello, endlich bis du auch hier. Von jetzt an ist es mit dir zu ende. Falls dir jemand schreibt, wird die Post beschlagnahmt oder an den Absender zurückgeschickt. Wenn du dich auflehnst, werden wir dir die Knochen in Stücke schlagen. Hier kommandiere ich,nicht die Scheißkommunisten, nicht die Scheißsozialisten und auch nicht die Scheißchristdemokraten, die sich zusammen mit den Priestern hinter dem Kreuz verkriechen."

Am meisten trifft diese Mischung aus Sadismus, roher Brutalität und Faschismus natürlich die politischen Gefangenen, vor allem die der Roten Brigaden und der NAP, etwa 50, sehr junge Gefangene Einige von ihnen sind Opfer rätselhafter Mordversuche geworden. In San Vittore wurden Giovanni Miagostovich und Pietro Morlacci am 24. Januar 1976 in ihrer Zelle von einem nicht identifizierten Kommando überfallen und zusammengestochen. Robert Ognibene, ein anderer Brigadist, wurde vier Tage lang nackt ohne ärztliche Versorgung in der Zelle gelassen, obwohl er mehrere Kugeln im Körper hatte. Pietro Sofia, ein junger „Nappist" ist 25 Jahre alt. Er wurde im Gefängnis von Alghero halbtot geschlagen. Für diese Vorkommnisse wird niemand bestraft und kein Gefängnisdirektor wird entlassen. Die Brutalität, mit der die „Rebellen" behandelt werden, zeigt die Maxime, nach der das System handelt: „Schlag für Schlag" und „Rache provoziert Rache".

Giovanni Marini, der junge Anarchist, der (viele sagen: zu Unrecht) des Todes des Faschisten Carlo Favella während der Zusammenstöße in Salerno beschuldigt wird, hat im Gefängnis aufgrund seines starken Charakters und seiner Widerstandskraft ein wahres Martyrium durchgemacht. Um ihn zum Schweigen zu bringen und ihm den Kontakt mit anderen Gefangenen zu nahmen, wurde er in gut 21 verschiedene Gefängnisse verlegt und am Ende tagelang in der Beruhigungszelle auf dem Bett gefesselt (in Caltanissetta am 7. August 1973). Auf dieser Odysse hat er, außer dem Prozeß wegen dem Tod von Favella, 13 weitere Prozesse wegen „Beleidigung" der „Justizbeamten", die über ihn zu Gericht saßen, angesammelt.

Sante Notarnicola, Mitglied der Cavallero-Bande, der angefangen ha,t die Gefangenen zu politisieren und ihnen ihre menschliche Würde wiederzugeben, hat mehrmals sein Leben riskiert. Am 26. November 1973 wurde er in Favignana in seiner Zelle überfallen. An anderes Mal sagte ihm ein Polizeioffizier während seines Aufeinthalts bei einem Transpost: „Notarnicola, warum steigst

du nicht einen Moment aus? Du vertrittst dir die Beine, gehst eventuell pinkeln und ich habe die Gelegenheit, dir eine Maschinengewehrsalbe in den Rücken zu jagen."

Bisher haben die Beschwerden die Mauer des Schweigens, die die Gefängnisdirektoren schützt und sogar die Anwendung der Strafvollzugsgesetze verhindert, nicht durchbrechen können. Nicht mal. wenn die Opfer der Mißhandlungen Untersuchungsgefangene sind, wie Fabricio Panzieri, ein junger Militanter von „Avanguardia Comunista", der, aufgrund von nicht existierendem Beweismaterial beschuldigt wird, vor etwas mehr als einem Jahr den griechischen Faschisten Mantekos erschossen zu haben und der immer noch in U-Haft sitzt. Das einzige, was der Gewalt der Gefängnisdirektoren, der Wachen, der Vollzugsordnung noch widersteht, ist, so unglaublich es klingt, der Wille, sich zu vereinigen und zu kämpfen, der aus einer Generation von Gefangenen eine Generation von Rebellen gemacht hat. Im Frauenflügel von San Vittore ist eine Frauengruppe entstanden, „die Hexen von San Vittore", die protestieren, Briefe und Beschwerden schreiben, zum Schutz aller Gefangenen. Die erste Aktivität dieser Gruppe bestand darin, ein Hemd mit Hammer und Sichel zu nähen und es Renato Curcio zu schicken. Es ist Symptom, und, vielleicht für viele, Signal.

(Vincenzo Sparagna)

OTELO FOR PRESIDENT

LISSABON/FRANKFURT (PN/ID) 16. Juni

„Präsidenten gibt's nur einen — entweder Otelo oder keinen!" Das war die Parole, die ungefähr 2.000 Arbeiter am vergangenen Donnerstag vor dem Portal von Setenave riefen. „Noch nicht mal als Ceaucescu hier war, gab es einen solchen Empfang, und das war der größte, den es hier jemals gegeben hat," sagte ein Arbeiter zu den Reportern. „Und wohlgemerkt, es gab keine Propaganda vorher, keine Mobilisierung. Die Belegschaft wurde erst einige Stunden vor seiner Ankunft über sein Kommen informiert.

Ein Imbiß in der Werkskantine und eine kurze improvisierte Rede waren der Auftakt zur Präsidentschaftskampagne Otelos. Auf dem Weg nach Porto, wo das Nationale Komitee zur Unterstützung seiner Präsidentschaft die erste Veranstaltung organisiert hatte, hielt Otelo in mehreren Orten, an denen sich exemplarische Kämpfe für die ‚Poder Popular' abgespielt hatten — und noch weiter gehen, zu kurzen Versammlungen an: Azambuna, Quebradas (Landkooperativen), Entrocamento (General Motors-Kampf). Überall am Wege Hunderte von Bauern und Arbeitern, die ihm begeistert zujubelten.

„Otelo, amigo, o povo esta com tigo" (Otelo, Freund, das Volk ist mit dir), und „O Povo segue em frente, Otelo a Presidente" (Das Volk geht weiter voran, Otelo als Präsident). Überall wurde er als der Mann des 25. April gefeiert und als solcher auch in Porto begeistert umjubelt. Die bürgerlichen portugiesischen Zeitungen berichten keine konkreten Zahlen, aber die Leute, die sich auf dem größten Platz in Porto dann einfanden (sie wurden auf 70000 geschätzt), brauchten eine Stunde, um die 500 m zwischen Bahnhof und Rednertribüne zurückzulegen.

Vor ihm redeten Mitglieder des nationalen Unterstützungskomitees für seine Kandidatur das sich aus bekannten antifaschistischen Widerstandskämpfern, Vertretern der Basisorganisationen, (Arbeiterkommissionen, Stadtteilkommissionen etc.), auch aus Mitgliedern verschiedener Parteien zusammensetzt. Allderdings werden diese in der Presse nicht genannt, sie traten auf der Veranstaltung auch nicht öffentlich als solche auf. Bis auf eine bemerkenswerte Ausnahme: ein aktives Parteimitglied der PS, J. C. Vierra. In den Reden dieser Männer wurden immer wieder die Einheit des Volkes, der antifaschistische Kampf und die Basisdemokratie betont.

Sein Präsidentschaftsprogramm legte Otelo in einer längeren Reder dar: „Wenn wir zu kämpfen wagen, wenn wir zu siegen wagen, wenn wir auf unsere eigenen Kräfte zählen, dann können wir die Inflation stoppen, die Arbeitslosigkeit, dann können wir die Agrarreform verteidigen, die Nationalisierungen und die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter. Indem wir die nationale Unabhängigkeit erreichen, den Imperialismus besiegen, die Einheit aller Arbeiter festigen, die Volksorgane entwickeln, (an der Basis) und die großen Errungenschaften des 25. April verteidigen und die Restauration des kapitalistischen Systems verhindern, haben wir einen großen Schritt in Richtung Sozialismus getan." Während seiner Rede wurde er immer wieder von der Menge durch Zurufe unterbrochen, „Gegen den Faschismus, Einheit des Volkes!", „Arbeitendes Volk, Einheit für den Sozialismus!"

In einem weiteren Passus beschrieb Otelo die Entwicklung des Kapitalismus während des faschistischen Regimes, „das vom Imperialismus abhängig war", eine scharfe Kritik an „einen bestimmten Politiker, der für Portugal einen Marschall-Plan wünscht", eine wohlverstandene Anspielung auf die Äußerung Sa Carneiros, und an den portugiesischen Unternehmerverband.

„Die USA und andere Länder wollen nicht, daß Portugal wirklich ein unabhängiges Land ist, und mischen sich ständig in die inneren Angelegenheiten unseres Landes ein. Die USA sind nicht die einzigen, die sich in unserem Land zu schaffen machen, aber sie sind die wichtigsten und stärksten. Die amerikanische und europäische Presse machten nach den Parlamentswahlen Propaganda für eine Regierungsbildung in ihrem Sinn. Sie ließen wissen, daß eine linke Regierung schlecht und nicht demokratisch ist. Sie wollen, daß die PS ihr Projekt der Alleinregierung aufgibt und sich mit den Parteien der Rechten verbündet. Was haben die damit zu tun, würden wir etwa den Amerikanern sagen, wen sie zu wählen haben? !"

Zum Thema der Auslandsinvestitionen führte Otelo aus:„Wir müssen auf unsere eigenen Kräfte bauen, und bitten, die mit uns befreundeten Völker, unsere Unabhängigkeit zu respektieren, wir werden uns mit allen, die das tun verbünden, wor allem mit denen der III. Welt.

Die Einheit aller Arbeiter kann es bewirken, daß wir eine **pro**gressive Alternative finden, so daß wir mit unserer eigenen Volkswirtschaft die Bedürfnisse aller befriedigen können."

Es sieht also ganz so aus, als ob die Basisbewegung, die ‚Poder Popular' neue Kraft gewinnen würde.

DIE RISIKEN DER „VOLKSKANDIDATUR"

Dazu stellt die unabhängige Linkszeitung GAZETA (20.5.) folgende Überlegungen an:„Eine Volkskandidatur erscheint als notwendig, wenn sie jedoch nicht richtig propagiert wird, kann sie sehr wohl die Arbeiter spalten und die Revolutionäre isolieren.

1. Die Risiken einer „Avantgarde"-Kandidatur:

Die Tendenzen, die „glorreiche Vergangenheit zu beschwören" sind immer sehr stark, zu versuchen Parolen und Aktionsformen von vor dem 25. November vorzubringen; das weniger von seiten Otelos als von den politischen Gruppen, die ihn unterstützen.

Eine Kampagne, die im Hinblick auf den „Industriegürtel der Region Lissabon" konzipiert wäre, und sich an Sektoren der Avantgarde richten würde, würde für die Arbeiter der Provinz und der kleinen Betriebe, wie auch für die Bauern demobilisierend und spaltend wirken. Das Resultat wäre die Isolation der Avantgarde. Eine politische Kampagne hat nur Sinn wenn sie darauf zielt, große Arbeitermassen zu vereinen.

2. Die Risiken eines Parteiimages:

Eine Kandidatur, die so aussieht, als wäre sie von den Parteien der radikalen Linken getragen (PRP, MES, UDP, ...) anstatt von einer breiteren Basismobilisierung würde sich auf die Unterstützung durch die Absis dieser Parteien beschränken. Das wäre dann keine wirkliche Volkskandidatur, oder eine Kandidatur der Einheit des Volkes.

3. Eine Kampagne, die sektiererischen Auseinandersetzungen zwischen den sie unterstützenden politischen Organisationen Raum gibt, oder selbst einer Propaganda gegen Parteien, die diese Kandidatur nicht unterstützen, kann nur zu einer großen Schwächung der Arbeiter und ihrer Organe und einer noch größeren Spaltung führen."

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

NUR TOTESTUDENTEN STEHEN UNTER POLIZEISCHUTZ

ANKARA (ID)
16. Juni

Am 1. Juni wurde in der linksgerichteten türkischen Zeitung „Politika" folgender Brief von Aziz Ovalioglu an den Ministerpräsidenten, den Innenminister und den Vali von Ankara abgedruckt:

„Ich bin ein kummervoller 66 Jahre alter Mann, dessen Herz zweimal verwundet wurde. Während der Ministerpräsident sich bemüht, mit seinen Erklärungen diesen Schmerz vergessen zu machen und unsere Wunden zu schließen, verwundet er uns nur von neuem: ich habe am 10.4. seine Pressekonferenz im Fernsehen verfolgt. Er sagte, die Mörder der während der Studentenunruhen und Rechts-Links-Streitigkeiten Getöteten wären alle gefaßt und er nannte sogar die Namen der Mörder. Ich wartete, was er über meine Kinder sagen würde. Von ihnen war nicht die Rede. Dadurch fügte der Ministerpräsident meinem Herzen eine dritte Wunde zu. Hiermit frage ich Ministerpräsident Demirel: Wer ist der Mörder meines am 13. Juni 1972 in Istanbul ermordeten Sohnes, des Ingenieurs Adil Ovalioglu und wurde er gefaßt? Vier Jahre sind vergangen, der Mörder ist immer noch unbekannt. – Mein zweiter Sohn war Student der Chemie an der Technischen Hochschule Ankara. Auf dem Weg in die Universität geriet mein Sohn Sami Ovalioglu in einen Hinterhalt und wurde auf offener Straße vor den Augen der Polizei und der Leute mit einer doppelläufigen Pistole erschossen. Die Mörder waren Sami Bal und Akif Özer.

Warum wurden diese zwei Mörder nicht gefaßt? Eine Anzahl Zeitungen berichteten über den Vorfall und teilten die Namen der Mörder mit. War das etwa keine Benachrichtigung? Dazu kommt, daß, obwohl die meinen Sohn begleitenden Freunde dem Staatsanwalt des Sicherheitsgerichts (außerordentliche Gerichte, wie die Cour de surete de L'Etat in Frankreich) über den Vorfall berichteten und die Namen der Mörder nannten, die Mörder noch nicht gefaßt wurden. Hatte es dem Ministerpräsidenten die Sprache verschlagen, warum erwähnte er davon nichts?

Nachdem mein Sohn angeschossen worden war, schrie er, er wolle ins Krankenhaus gebracht werden; seine Freunde wollten ihn aufnehmen, aber die faschistischen Mörder eröffneten das Feuer auf sie und hinderten sie daran. Eine halbe Stunde nachdem er zu Boden gefallen war, wurde er aufgenommen und erreichte erst innerhalb von 40 Minuten das Krankenhaus. Der Arzt sagte in seinem Rapport, mein Sohn sei an Blutverlust gesotrben. Kann mir der Ministerpräsident den Grund dafür nennen?

Meine zweite Frage ist folgende: der zweite Präsident des Milli, Genclik Teskilati (Nationale Jugendorganisation, die sich um Studenten und junge Arbeiter kümmert, wurde in den letzten Jahren politisiert und stellt jetzt eine demokratische linke Jugendorganisation dar) wandte sich wegen der Trauerfeier für meinen Sohn Sami mit einer Bittschrift an den Innenminister und den Vali von Ankara. Er gab sogar die Garantie, daß, sollte es nicht von Seiten der Polizei oder von Dritten zur Einmischung kommen, die Trauerfeier ohne Zwischenfall ablaufen werde. Doch obwohl er dies versprach, wurde der Leichnam seiner Familie nicht zurückgegeben. Man brachte ihn direkt auf den Friedhof.

Der Sohn wurde begraben, ohne daß seine von Schmerzen verzehrte Mutter noch einmal sein Gesicht sehen konnte. Angeblich bestand eine Vorschrift des Innenministeriums, daß keine Trauerfeiern vorgenommen werden durften. Ich frage den Vali: Warum wurde für den Son des Senators eine Trauerfeier abgehalten' (Gemeint ist Hakan Yurdakuler, der am 8. April in der Fakultät für Politische Wissenschaften erschossen wurde). Hat doch Atatürk gesagt, die türkische Nation sei eine klassenlose Nation ohne individuelle Privilegien. Und die Regierenden reden andauernd von Atatürkismus, von laizistischer Republik, von Gleichheit und Gerechtigkeit und machen nie das Notwendige."

Abgedruckt war am selben Tag die Meldung, daß der oben genannte Vater, der zwei Söhne durch die Ermordung durch faschistische Kommandos verloren hatte, an einem Herzinfarkt gestorben ist.

Kommentar in Cumhuriyet (einer der größten türkischen Zeitungen) am selben Tag zu den blutigen Ereignissen in der Technischen Fakultät Istanbul, bei denen am Freitag, 28. Mai, von in den Klassenraum stürmenden faschistischen Kommandos ein Student erschossen und zwei schwer verwundet wurden. Die Polizei befand sich in Gebäude, unternahm aber nichts, um die Mörder am Eintritt oder am Weggang zu hindern:

„Sehen Sie was die Polizei machte: wie immer nahm sie den Leichnam des getöteten Studenten, schaffte ihn ins Leichenhaus und brachte ihn in Sicherheit. (...) (Unsere Polizei) kümmer sich nicht um die Sicherheit der lebenden Studenten, sie nimmt nur ihre Leichname in Verwahrung. Warum? Wenn die Polizei dies nämlich nicht täte, die Leichname den Familien gäbe, könnte die Trauerfeier stark besucht sein und könnte die Form einer Demonstration gegen die Regierung annehmen. (...) Deswegen ist die Pflicht der Polizei auf folgende Weise definiert:
Unter der Regierung der Nationalen Front stehen nicht die lebenden, sondern die toten Studenten unter dem Schutz der Polizei."

STRASSENSPERREN GEGEN KKW

PLOGOFF (ID'LIBE)
10.Juni

Die Bürger des 2300 Einwohner zählenden Dorfes Plogoff an der französischen Atlantikküste haben sich gegen die Errichtung eines Kernkraftwerkes der nationalen französischen Elektrizitätsgesellschaft EdF ausgesprochen und haben zur Bekräftigung ihrer Weigerung Straßensperren gegen die Fahrzeuge der EdF errichtet.

Die ganze Sache hatte vor anderthalb Jahren angefangen, als die EdF die Küste vor Plogoff als möglichen Standort für ein meerwassergekühltes KKW bekanntgab. Da nach Protesten der Bewohner nichts mehr zu hören war, glaubte jeder, der Plan sei aufgegeben worden, bis vor einigen Tagen plötzlich Geologen der EdF auf dem Strand von Plogoff auftauchten.

Eine eilig einberufene öffentliche Gemeindeversammlung beschloß vor Hunderten von Einwohnern, die Einwilligung zum Bau des KKW's zu verweigern. Da sie wußten, daß das allein nicht ausreicht, wurde zusätzlich ein Verbot des Befahrens des Strandes für Fahrzeuge über 2 Tonnen beschlossen.
Das zielte genau auf die schweren Forschungswagen der Electricite de France. Um ihre Entschlossenheit auszudrücken, wurden auf dem Weg zum Strand Straßensperren errichtet. Das ganze Dorf nimmt an der Bewachung teil, weil jeder betroffen ist.

Einer der etwa 100 Posten, die nachts verdoppelt werden, erklärt: „Das KKW geht jeden an, wir wollen das nicht. Die Fischer werden ihre Arbeit verlieren, die Bauern werden enteignet werden und Häuser werden abgerissen, um Hochspannungsleitungen zu legen. Wir werden es hübsch sauber haben, wenn sie ihren Beton und sonstigen Dreck überall hingeschüttet haben. Und schließlich werden sie hier alles mit Militär vollstopfen, um ihr Ding zu bewachen. Ganz einfach, wir werden hier nicht mehr daheim sein."

(aus Liberation vom 10.6.)

VIETNAM - 1 JAHR NACH DER BEFREIUNG (II)

Bonn (3WM) Interview mit Peter Limqueco, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Universität Uppsala und Mitherausgeber des Journal of Contemporary Asia. Das Interview stammt vom 3.-Welt-Magazin, den ersten Teil veröffentlichten wir im letzten ID.

F: Können die von den Amerikanern zurückgelassenen Dinge benutzt werden?

A: Die Amerikaner haben einiges zurückgelassen, teils vollkommen nutzlos, teils anderen Zwecken zuzuführen. Die Vietnamesen experimentieren, um die nutzlosen Dinge sinnvoll zu gebrauchen Gepanzerte Fahrzeuge, die nicht mehr gebraucht werden, sind z.B. in Traktoren umgebaut worden. Die Amerikaner hinterließen aber auch 120 Flugplätze. Den Beton kann man nicht einfach aus dem Boden reißen und wieder verwenden. Für die Hinterlassenschaft muß also noch eine Lösung gefunden werden. Die zurückgebliebenen Flugzeuge werden für kommerzielle Zwecke verwendet. So wurden sie z.B. während der Blockade von Laos für Versorgungsflüge nach Vientiane eingesetzt. Schiffe werden zum Fischfang umgerüstet. Ein Beispiel für vollkommen Unverwendbares sind die Tonnen von Pornographie, die die Amerikaner in ihrer Botschaft zurückließen. Ein Soldat, der jetzt die Botschaft bewacht, erzählte mir, daß er dort Stapel von Pornographie fand.

F: Eine der Eigenschaften der Befreiungskriege in Indoschina war die Betonung der Solidarität zwischen den Völkern Indochinas. Ist der Eindruck richtig, daß diese Solidarität abgenommen hat?

A: Die Solidarität war zwischen Mai und Juli 75 zeitweise unterbrochen zwischen Vietnam und Kambodscha, aber das hat sich jetzt wieder normalisiert. Zwischen Kambodscha und Laos und Vietnam und Laos ist die Solidarität vorhanden. Beide sandten während der Blockade durch die Thai-Regierung Hilfsgüter. Als ein US-Flugzeug Siam Rep bombardierte, verurteilten beide den Angriff scharf und erklärten ihre Solidarität mit dem Volk und der Regierung Kambodschas. Was also manchmal in der Presse geschrieben wird, ist falsch. Es ist wahr, daß es einige Differenzen gab, aber darüber sollte man sich nicht wundern. Es gibt noch Hinterlassenschaften des Kolonialismus, die zwischen Vietnam und Kambodscha geregelt werden müssen. Dies betrifft im wesentlichen ein oder zwei Inseln, bei denen die Grenzfrage nicht geklärt ist. Dieses Erbe des Kolonialismus wird von ihnen im Zuge der Übergangsperiode des Wiederaufbaus gelöst werden.

F: Was also manchmal als territoriale Ansprüche dargestellt wird, ist in der Form nicht vorhanden?

A: Bevor Sihanouk 1970 gestürzt wurde, hatte er mit der PRG wohlgemerkt nicht mit Thieu, einen Grenzvertrag geschlossen. Es gibt also einen Präzedenzfall für diese Diskussion. Soll die Grenze nicht beibehalten werden, muß neu verhandelt werden. Soll sie bestehen bleiben, wie es von Sihanouk und der PRG festgelegt wurde, dann sehe ich keine Probleme.

F: Wie wird in der Zukunft die Solidarität der indochinesischen Völker konkret gestaltet werden?

A: Die Vietnamesen, die Laoten und die Kambodschaner beendeten ihre Revolution in drei verschiedenen Weisen erfolgreich. Es gibt nicht einen Weg, die Revoulution zu erreichen. Saigon wurde in einer Offensive, die nur 55 Tage dauerte, befreit. Die Zerstörung in dieser Zeit war minimal. Auf der anderen Seite mußte Phnom Penh mehrere Jahre beschossen werden, bevor es befreit wurde. Vientiane wurde befreit, ohne daß ein Schuß fiel. Das deutet an, daß sie verschiedene Wege zum Sozialismus gehen. Kein Land wird dem anderen folgen, denn es gibt nicht nur einen Weg. Sie werden sich nach ihrer eigenen Einschätzung weiter entwickeln. Gleichzeitig werden sie zusammenarbeiten, einfach, weil dies ökonomisch sinnvoll ist, besonders im Fall Laos. Es ist ein stark eingeschlossenes Land, traditionell stark von Vietnam und Thailand abhängig. Da Thailand ein feindliches Land ist, wird sich Laos mehr auf Vietnam und Kambodscha stützen. Kompong Song steht den Laoten offen. Gemeinsam mit den Vietnamesen wird die Bahnlinie von Vinh nach Südlaos wiederhergestellt. Ist dies erreicht, werden die thailändischen Exporte zusammenbrechen. Diese Zusammenarbeit ist also nicht nur während des Krieges, sondern während des Friedens für sie au ßerordentlich wichtig. Während des Krieges versorgte Vietnam drei Fronten, im Süden, in Laos und Kambodscha. Dies erklärt auch, was manche westliche Kommentatoren, und das kann einen sehr verärgern, so schildern, daß Nord-Vietnam so arm, der Süden dagegen so reich ist. Teilweise ist dies richtig, aber nicht im historischen Kontext und wenn man bedenkt, wie sehr dieses kleine Land bombardiert wurde. Im Durchschnitt wurde in Vietnam jedes Haus fünfmal getroffen. Dass sie nicht so reich sind, liegt daran, daß sie sich für die drei Fronten aufzuopfern bereit waren.

Was das UN-Projekt für den Mekong angeht, so steht Laos dem nicht negativ gegenüber. Kambodscha und Vietnam haben sich dazu nicht öffentlich geäußert.

Ein anderes Gebiet, auf dem die Zusammenarbeit ernsthaft diskutiert wird, ist zwischen Laos und Vietnam. Laos hat eines der größten und ergiebigsten Eisenerzvorkommen der Welt, aber sie haben keine Kohle, die wiederum Nord-Vietnam hat. Wenn sie Stahl produzieren wollen, können sie sich ergänzen.

F: Es kann also nicht die Rede davon sein, daß Nord-Vietnam Indochina dominieren will?

A: Ich glaube nicht, daß dies möglich ist. Warum sollten die Laoten, die ebenso lange wie die Vietnamesen gekämpft haben, plötzlich sagen, kommt und nehmt uns? Warum sollten sie so lange gekämpft haben, um von den Vietnamesen dominiert zu werden? Während des Kampfes entwickelt man auch eine Dynamik des Nationalismus. Nach dreißig Jahren Krieg gibt man nicht einfach die Unabhängigkeit auf. Eigentlich sehe ich nicht ein, warum bestimmte Leute immer wieder diese Art von Fragen aufwerfen. Das gleiche gilt für die Kambodschaner, die sehr nationalistisch eingestellt sind, auch während Sihanouks Periode. Ohne dieses Nationalgefühl hätten sie ihre Revolution nicht vollendet. Ein nicht zu vernachlässigendes Element der Nationalen Befreiungsbewegung ist der Patriotismus, ohne den man eine solche Bewegung nicht durchführen kann.

DIE AUSSENPOLITIK

F: Welche Rolle werden diese Länder bei internationalen Fragen spielen. Sie haben z.B. in letzter Zeit immer wieder scharfe Angriffe gegen die ASEAN gerichtet.

A: Die drei Länder haben hierin leicht unterschiedliche Standpunkte, das würde eine lange Geschichte werden. Wenn wir uns auf Vietnam beschränken, können wir substantielleres aussagen. Die Vietnamesen sind immer sehr offen gewesen in ihrer feindlichen Haltung gegenüber ASEAN. Sie haben das öffentlich gesagt und schreiben auch fortlaufend darüber in den Zeitungen und berichten darüber im Rundfunk. Für sie ist ASEAN im wesentlichen ein Vorhaben der Amerikaner, als eine Ausweitung der Nixon-Doktrin, Asiaten gegen Asiaten kämpfen zu lassen. Ist ASEAN noch vor allem ein wirtschaftlicher Zusammenschluß, gibt es aber schon militärische Kollaboration. So zwischen Indonesien und den Philippinen im Südphilippinischen Meer und zwischen Tailand und Malaysia an der gemeinsamen Grenze gegen die Guerillas. Dies bringt ASEAN in vollständigen Widerspruch zu dem, was die Chinesen darin sehen. Sie betrachten ASEAN im wesentlichen als eine fortschrittliche und anti-imperialistische Bewegung. Man kann also darüber diskutieren, wer Recht hat. Ich persönlich als ein Philippono meine, daß ASEAN ein neokoloniales Instrument ist. Ich sehe kein Anzeichen dafür, daß Herr Marcos ein Anti-Imperialist ist, ebenso wenig sehe ich das in Herrn Suharto oder Kukrit oder in Asiens kleinem Mussolini, Lee Kuan Yew.

F: Eine der Befürchtungen, die diese Freunde des Fortschritts haben, ist, daß Vietnam Waffen an die Befreiungsbewegung in Südostasien liefert.

A: Mir sind dafür keine Beweise bekannt. Die Vietnamesen haben erklärt, daß sie keine Waffen liefern. Ich neige dazu, zu akzeptieren, was sie sagen. In der Vergangenheit habe ich ihre Erklärungen beurteilt und gesehen, daß sie durchführen, was sie erklären.

Im Moment gibt es in Südostasien sehr unterschiedliche Befreiungs- und Guerilla-Bewegungen. Da sind die kommunistischen Guerillas, moslemische Guerillas und ganz einfach auch Banditen. Nimmt man die ernsthaften Befreiungsbewegungen, dann gibt es hier verschiedene Kampfformen, die parlamentarische , die bewaffnete oder eine Verbindung beider Formen.. Dazu handelt es sich hier um eine frühe Stufe des Kampfes, trotz der Tatsache, daß einige Bewegungen seit mehr als dreißig Jahren kämpfen. Im wesentlichen handelt es sich um einen Kampf auf kleinerer Ebene, weshalb auch zusätzliche Waffen nicht sehr produktiv sein können. Waffen allein richten nichts aus, solange man keine Menschen hat, die sie benutzen, wenn dem so ist, was sollen dann zusätzliche Waffen?

F: Ein Kampf, der zur Zeit auf entwickelter Stufe geführt wird, ist der der Ost-Timoresen gegen die Invasionstruppen Suhartos. Kannst du uns etwas über die Haltung der Vietnams in dieser Frage sagen, insbesondere in Hinblick auf die Colombo-Konferenz der Blockfreien?

A: Die Vietnamesen haben die Unabhängigkeitserklärung Ost-Timors anerkannt. Als ich dort war, haben sie in ihren Zeitungen ausführlich darüber berichtet und den Einmarsch Suhartos und sein Regime verurteilt. Sie haben eine Regierungsdelegation der Demokratischen Republik Ost-Timor empfangen und werden ihre Unterstützung fortsetzen. Ich weiß nicht, was unter ihnen besprochen wurde, aber die Solidarität ist da. Länder wie Vietnam, Tansania, Mosambik und Angola werden sicherlich die Aggression Indonesiens gegen Ost-Timor zur Sprache bringen, wenn dieser Kongreß stattfindet. Es gibt Gerüchte, daß der Versuch gemacht werden wird, Indonesien aus den Blockfreien auszuschließen. Das würde ein sehr positiver Schritt seitens dieser Länder sein und auch ein Anzeichen für einen großen Sprung in Richtung auf eine stärkere anti-imperialistische Kraft in der heutigen Weltlage. Sie würden nicht nur ein Debattierclub sein, sondern direkte Aktionen ergreifen.

F: Ein anderes Thema, das für Südostasien wichtig ist, sind die Vorstellungen der SU über eine Zone des Friedens und der Sicherheit in diesem Teil der Welt, parallel zu den Abmachungen von Helsinki für Europa. Soweit man aus der westlichen Presse schliessen kann, scheint Vietnam gegenüber diesem Vorschlag Zweifel zu haben.

F: Du hast die Unabhängigkeit Vietnams und seine Politik der Blockfreiheit bereits geschildert. Was sagst du zu den Versuchen, Vietnam entweder der SU oder der VR China zuzuschlagen und der Ansicht, daß es innerhlab der Lao Dong den Kampf zweier Linien gibt?

A: Die Leute, die dieses Spiel treiben, insbesondere die der Linken, schreiben den Vietnamesen zu, was und wie sie sein sollen oder nicht. Keiner von ihnen macht sich die Mühe, die Vietnamesen selbst zu fragen. Die Frage, ob sie pro-dies oder pro-das sind, ist schnell beantwortet, wenn man sie selbst fragt. Hätten sie das getan, hätten sie ihre Zeit nicht mit hypothetischen Problemen vertan. Die Vietnamesen sind zwischen der SU und China nicht neutral gewesen, sie haben ihre eigene, unabhängige Linie und betonen das immer sehr. Wegen ihrer Unabhängigkeit und ihrer eigenen Analyse der Weltlage neigen ihre Ansichten manchmal dazu, mit denen der SU, manchmal mit denen der VR China übereinzustimmen. Das heißt nicht, daß sie pro-SU oder pro-China wären, sie haben nur ihre eigenen Vorstellungen über die Welt. Zwei Beispiele, Vietnam und China haben die Demokratische Republik Ost-Timor anerkannt, nicht aber die SU. Hat man einen beschränkten Blickwinkel, könnte man sagen, sie seien deshalb pro-China. Die Vietnamesen haben aber auch in einer Erklärung, zu Recht oder zu Unrecht, Indira Ghandi, von der man sagt, sie sei eine sowjetische Marionette, unterstützt, woraus man schließen kann, sie seien pro-sowjetisch. Das wären sich widersprechende Äußerungen, deshalb kann man in dieser Frage nicht so simplistisch sein. Der dritte Fakt, der die Angelegenheit kompliziert , ist die Mitgliedschaft Nord-Vietnams in den Blockfreien, zu denen weder die SU noch China gehören. Dies zeigt deutlich, wo sie in der Frage SU – China stehen. Das sind Fakten, die man nicht leugnen kann, es sei denn, man glaubt an Religion.

UNABHÄNGIGKEIT

F: Manchmal wird die Haltung der Vietnamesen auch als dritter Weg zwischen der SU und China angesehen. Wäre dieser dritte Weg beispielhaft?

A: Ich sehe keinen Grund dafür, daß man andere Länder kopiert, das gilt für die SU, China und Vietnam. Sein Beispiel ist es, unabhängig zu sein und das kann man kopieren, unabhängig zu sein sogar von den Vietnamesen. Die Politik anderer Völker nachzuahmen ohne eine eigene zu haben, endet im Versagen jeder Bewegung. Die Lehre aus Vietnam ist Unabhängigkeit, nicht mehr. Wenn man mit Vietnamesen spricht, würden sie sagen, kopiert uns nicht, unsere Erfahrungen sind unsere eigenen. Erfahrungen werden nirgendwo wiederholt, so war der Kampf im Norden nicht im Süden wiederholt worden. Die Erfahrungen der Chinesen sind vollkommen von denen der Vietnamesesn verschieden, im wesentlichen aus historischen Gründen und der Unterschiedlichkeit des Feindes.

Erfahrungen sind nicht übertragbar, mit Ausnahme gewisser Dinge, die man in Bezug auf die eigene Situation sorgfältig prüfen muß. Als Mao den Guerillakrieg aufnahm, wurde nach dem Prinzip vorgegangen, sich zurückziehen, wenn der Feind angreift, angreifen, wenn sich der Feind zurückzieht. In Vietnam war dies im Gegensatz zu China nicht möglich. Vietnam ist ein schmales und kleines Land, wohin sollte man sich zurückziehen? Im Osten ist das Meer, ebenso im Süden und im Westen liegen Laos und Kambodscha, geht man in den Norden, endet man in China. Deshalb konnte man dieses Prinzip nicht anwenden und mußte einen eigenen Weg finden. Sie blieben dort, wo der Feind war, zogen sich nicht zurück, sondern vergruben sich unter der Erde.

Ein anderes Beispiel ist die chinesische Erfahrung, überlegene Kräfte gegen schwächere einzusetzen. Für China war das möglich, es hat eine große Bevölkerung.

Vietnam hat eine kleine Bevölkerungszahl, deshalb konnten sie nicht mit überlegenen Kräften angreifen, sondern mußten eine andere Taktik entwickeln. Sie beinhaltete genau das Gegenteil, mit kleinen Kräften große anzugreifen. So wurden während des gesamten Krieges amerikanische Basen angegriffen, nicht nur ein- oder zweimal. Sie schlichen sich in die Basen ein, legten Sprengladungen und verschwanden wieder. Man kann also nicht kopieren, beginnt man damit, ist man erledigt. Die Geschichte ist voll von Kopien, die als Tragödien endeten.

Aus der ersten Lehre, die man aus Vietnam ziehen kann, nämlich unabhängig zu sein und nicht zu kopieren, folgt eine zweite.

Liest man die Werke Giaps, Le Duans oder eines anderen, kommt man immer wieder auf ein Wort, das bei vielen anderen der Linken fehlt , es heißt schöpferisch. Dies ist ein sehr wichtiger Begriff, schöpferisch zu sein, sich selbst zu schaffen. Ich glaube, diese Lehre sollte klar sein, daß man seinen eigenen Kampf gestalten muß, basierend auf den eigenen Bedingungen. Ein Geschenk, das die Vietnamesen ihren Freunden zur Einnerung mitgeben, sind Kämme, hergestellt aus den abgeschossenen amerikanischen Flugzeugen. Auf ihnen sind einige vietnamesische Wörter eingraviert, die von Ho Tschi Minh stammen. Ihre Übersetzung lautet: Es gibt nichts wertvolleres als die Unabhängigkeit und Freiheit. Diese Kämme geben sie an ihre Freunde aus der SU, China und aus der ganzen Welt.

(aus: 3. Welt Magazin, März/April 1976)

Falsch: Richtig:

Diese Aussagen sind in Zukunft strafbar: | **Diese Sätze sind hinfort erlaubt:**

§ 140 : Öffentliche Billigung von Straftaten



§ 111 : Öffentliche Aufforderung zur Begehung von Straftaten





§ 88a : Befürwortung von Gewalt





§ 90 : Verunglimpfung des Staates



Verboten: Verunglimpfung des Staates



Erlaubt : Verglimpfung des Staates

Aus BLATT, München